Nr. 549 ♦ 40. Jahrgang
Ausgabe A Nr. 274

Morgenausgabe

130 Milliarden

Bezugspreis:
Vom 25. Nov. bis 1. Dez. 1 Billion oder 1 Goldmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband vom 25. Nov. bis 1. Dez. für Deutschland, Danzig, Saar- und Memelgebiet, Oesterreich, Litauen, Luxemburg 1200 Milliarden, für das übrige Ausland 1400 Milliarden. Postbezugspreis freibleibend.

Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit", der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" und der Beilage „Siedlung und Kleingarten" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts
Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:
Die einspaltige Nonpareillezeile 0,70 Goldmark, Reklamezeile 3,50 Goldmark. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 0,20 Goldmark (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Stellengesuche das erste Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 0,30 Goldmark.
Eine Goldmark — ein Dollar geteilt durch 4,20.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhoff 292—295 Verlag: Dönhoff 2506—2507

Sonnabend, den 24. November 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postscheckkonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstraße 3

Rücktritt der Regierung Stresemann.

Das Vertrauensvotum abgelehnt: 230 Nein, 155 Ja, 7 Enthaltungen.

Das von den Mittelparteien eingebrachte Vertrauensvotum wurde in der gestrigen Reichstagssitzung mit 230 Stimmen der Sozialdemokraten, der Deutschnationalen, der Bayerischen Volkspartei und der Kommunisten gegen die 155 Stimmen der antragstellenden Parteien abgelehnt. Der Bayerische Bauernbund und drei andere bürgerliche Abgeordnete enthielten sich.

Nach der Abstimmung im Reichstag hielt Reichskanzler Stresemann eine kurze Ministerbesprechung ab und begab sich hierauf zum Reichspräsidenten, um ihm die Demission des Gesamtkabinetts zu übergeben. Der Reichspräsident hat die Demission des Reichskabinetts entgegengenommen und das Kabinett mit der einstweiligen Fortführung der Geschäfte beauftragt. Darauf wurde Reichstagspräsident Löbe zum Reichspräsidenten gerufen. Es verlautet, daß der Reichspräsident beabsichtigt, zunächst mit der sozialdemokratischen Fraktion und später mit der deutschnationalen Fraktion Fühlung zu nehmen.

*

Mit dem Sturz des dritten Kabinetts Stresemann ist ein Ereignis eingetreten, das schon seit Wochen unvermeidbar erschien. Seit dem Bruch der Großen Koalition war es doch nur mehr ein langsames Sterben.

Die Krise des parlamentarischen Systems, von der man mit Recht spricht, war tatsächlich schon eröffnet, als sich herausgestellt hatte, daß zwischen der Arbeitsgemeinschaft der Mitte und der Sozialdemokratischen Partei ein dauerndes Zusammenarbeiten nicht möglich war. Herr Stresemann hätte vielleicht besser getan, schon in jenem Augenblick die Konsequenzen zu ziehen, statt Rettungsversuche zu unternehmen, die von vornherein zum Scheitern verurteilt waren.

Die Sozialdemokratische Partei hatte sich trotzdem jenen Rettungsversuchen nicht versagt. Sie hatte nach der ersten Krise, die zum Ausscheiden Hilferdings aus dem Kabinett führte, ihre Mitarbeit nicht aufgekündigt. Sie hatte sogar auch nach dem völligen Ausscheiden ihrer Mitglieder aus der Reichsregierung, das durch die Vorgänge in Bayern und in Sachsen erzwungen war, nicht zum Kriegsbeil gegriffen. Auch dann hat sie ihre Versuche fortgesetzt, die Regierungspolitik in eine Bahn zu lenken, die sie der Notwendigkeit enthob, in die schärfste Oppositionsstellung überzugehen.

Manche mögen ihr dieses Verhalten als übertriebenen Langmut auslegen; es war trotzdem richtig, weil es von starkem Verantwortungsgefühl gegenüber dem deutschen Volk und der Arbeiterklasse diktiert war. Leichtsinnig in dieser schweren Zeit Regierungskrisen hervorrufen, das könnte niemand verantworten.

Erst als sich herausgestellt hatte, daß die verantwortliche Regierung an dem System der Militärdiktatur festhielt, obgleich sich die ungeheuren Gefahren, die es für unser gesamtes Verfassungsleben in sich birgt, immer krasser gezeigt hatten, erst jetzt entschloß sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zur Einbringung ihres motivierten Mißtrauensantrags. Damit war auch ihre negative Stellung zu dem Vertrauensantrag, auf dem Herr Stresemann korrekt bestand, von selber gegeben. Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung konnte nicht mehr anders ausfallen, als es ausgefallen ist.

Herr Stresemann ist daran gescheitert, daß seine staatsmännische Einsicht mit seiner großen Rednergabe nicht gleichen Schritt hielt. Zum mindesten war von ihm die Erkenntnis zu verlangen, daß eine Partei, auf deren Unterstützung er angewiesen war, nicht mit immer neuen Herausforderungen bearbeitet werden durfte. Man stelle sich im Lager der bürgerlichen Mitte einmal die Frage, ob die Sozialdemokratische Partei nach allem, was vorausgegangen war, der Regierung Stresemann das Vertrauen votieren konnte. Ehrlicherweise wird niemand diese Frage bejahen können.

Die Bildung der neuen Regierung stellt den Reichspräsidenten vor eine außerordentlich schwere Aufgabe. Schon die Ernennung Cunos zum Reichskanzler war vom Standpunkt des parlamentarischen Systems aus gesehen, ein Schritt der Verzweiflung. Sie war erfolgt, weil die Wirth-Koalition, die einzige, die sich seit der Einführung des parlamentarischen Systems als haltbar erwiesen hatte, an dem Verlangen des Zentrums und der Demokraten, auch die Volkspartei miteinzubeziehen, zerbrochen war. Die neue Novemberkrise wiederholt die Situation des vergangenen Jahres, jedoch mit der Verschärfung, daß die Große Koalition als ein Lösungsversuch der Zukunft damals noch unverbraucht war, jetzt aber auch schon verbraucht ist. Daß sie nach dem Sturze Cunos auch noch durchprobiert werden mußte, stand schon während Cunos Regierung fest, und so war doch immer noch eine Aussicht vorhanden. Nach dem Sturz Stresemanns bleibt nur ein großes Fragezeichen.

Wer in der Mitte steht, muß nach rechts oder nach links so viel Zugeständnisse machen, wie nötig sind, um eine Regierungsmehrheit zustandezubringen. Die Parteien der Mitte haben zwar theoretisch der Auffassung gehuldigt, daß ein Regieren gegen die Sozialdemokratie weder nützlich noch möglich sei; sie haben sich aber trotzdem nicht dazu entschließen können, mit den Sozialdemokraten zu regieren. Was ihnen vorschwebte, das war ein rein bürgerliches Regiment mit zunehmender Neigung nach rechts und mit fortgesetzter treuer Unterstützung der Sozialdemokratie. Sie suchten auf politisch-parlamentarischem Gebiet die Quadratur des Zirkels.

Die gegenwärtige Situation erleichtert nun nicht ihre Schwierigkeiten, sondern sie vermehrt sie. Von der bangen Schicksalsfrage „Rechts oder links?" sind sie nicht befreit; sie sind nur noch tiefer in sie verstrickt. Sie müssen sie entscheiden, wenn sie nicht für den Verfall des einzig möglichen Regierungssystems in Deutschland, des parlamentarischen, die Verantwortung auf sich nehmen wollen.

Nun hat Herr Stresemann, der auch als Kanzler a. D. Führer der am weitesten rechts stehenden Mittelpartei und eine Nummer im politischen Leben bleibt, in seiner letzten Rede so geringschätzig von den Möglichkeiten einer Rechtsregierung gesprochen, daß man annehmen müßte, in seiner Partei und in der Mitte überhaupt sei Neigung für einen solchen Lösungsversuch überhaupt nicht vorhanden. Andererseits ist bekannt, daß dennoch viele Mitglieder der Mitte die Heranziehung der Deutschnationalen zur Verantwortung wünschen, um auch diese Partei durch die Regierungsmühle zu treiben und ihr das Demagogenhandwerk bei den nächsten Wahlen zu erschweren. Auf alle Fälle scheinen die Meinungen in dieser Frage noch stark unausgegoren.

Gegen eine Verlegenheitsregierung, für die man schon ein halb Dutzend Namen hat — „Köpfe", „Persönlichkeiten", „farbloses, überparteiliches Kabinett", „Beamtenregierung" — besteht im Zentrum eine starke Abneigung. Diese Abneigung ist begreiflich, nur muß man, wenn man keine Verlegenheitsregierung will, das parlamentarische System selbst aus seiner Verlegenheit befreien und den Mut haben, nach der einen oder nach der anderen Seite hin Koalitionspolitik zu treiben.

Die Sozialdemokratische Partei hat sich in ihrem ganzen bisherigen Verhalten von der Erkenntnis leiten lassen, daß die Erhaltung des parlamentarischen Systems eine Notwendigkeit ist, und daß sein Verfall der Willkürgewalt eines alten oder neuen Herrentums Tür und Tor öffnet. Diese Erkenntnis wird auch in den breitesten Arbeitermassen desto sicherer ihren Einzug halten, je mehr sich herausstellt, daß mit diesem System der letzte Damm bricht, der sie vor äußerster Ausbeutung und Unterdrückung schützt. Sie werden lauter und lauter dem Wort zustimmen, das Genosse Wels in seiner letzten Reichstagsrede sprach, daß die Sozialdemokratie errungene Positionen nie anders aufgeben könne, als in der Absicht, früher oder später stärker in sie zurückzukehren.

Die Kommunistische Partei hat gestern durch ihren Wortführer Frölich eine Proklamation verlesen lassen, die in dem Ruf nach dem „bewaffneten Aufstand" gipfelt. Das ist eine innerpolitische Ludendorfferei, die von der Sozialdemokratischen Partei mit der größten Entschiedenheit abgelehnt wird. Von allem Grundsätzlichen abgesehen, ist rein praktisch dieser Aufruf geradeso zu bewerten wie der Revanchekrieg gegen Frankreich, der ja zeitweilig auch von den Kommunisten gepredigt worden ist. Die Kommunisten wissen ganz genau, daß sie mit ihren paar Flinten, die regelmäßig kurz nach ihrem Eintreffen von der Polizei wieder abgeholt werden, einen bewaffneten Aufstand nicht machen können. Mit ihrer hohlen Großsprecherei treiben sie nur der Reaktion die Hasen in die Küche, und wenn sie versuchen, ihre Worte wahrzumachen, bringen sie es nicht weiter als dahin, ein paar hundert oder tausend Arbeiterfamilien mit ihrer ungeheuren Gewissenlosigkeit ins Unglück zu stürzen und die Militärdiktatur noch mehr zu befestigen.

In schärfster Scheidung von diesem hoffnungslosen Treiben wird die Sozialdemokratische Partei fortfahren, mit den Mitteln, die ihr am meisten zweckentsprechend scheinen, die Rechtsentwicklung in der Politik, die Auflösung der republikanisch-demokratischen Staatsverfassung und die Tyrannei der kapitalistischen Wirtschaftsdiktatur zu bekämpfen. Nach außen wie nach innen steht sie für das Recht des Volkes gegen Willkür der Gewalt. Das wird auch in der gegenwärtigen Regierungskrise und in ihrem Verhalten gegenüber der zu bildenden neuen Regierung ihr Leitstern sein.

* * *

Im weiteren Verlauf der Aussprache im Reichstag ergreift nach dem Abg. Leicht (Bayer. Vp.)

Reichswehrminister Geßler

das Wort. Der Minister betritt die Tribüne mit einem großen Aktenpaket und wird deshalb mit Unruhe empfangen: Auf die Ausführungen der Ministerpräsidenten von Sachsen und Thüringen muß ich unbedingt eingehen. Zunächst muß ich zu den Verhältnissen Stellung nehmen, durch die wir in den Ausnahmezustand hineingekommen sind. Auf der äußersten Rechten und äußersten Linken stehen zwei Parteien, die Kommunisten haben den Vorzug, klar auszusprechen, was sie wollen, während die Herren v. Graefe und Genossen es nur draußen in ihren Versammlungen sagen, daß sie die Verfassung der deutschen Republik mit Waffengewalt umwerfen wollen. Im August hat zwischen den Nationalsozialisten und den Kommunisten eine gemeinsame Aussprache stattgefunden (lebh. Unruhe und Zwischenrufe bei den Komm.), wobei beide Parteien im Ziele, dem Umsturz der Verhältnisse, völlig einig waren. Der Abg. Remmele sagte dabei, der Befreiungskampf sei kein Kampf der Redeschlachten, er werde nicht im Parlament entschieden, sondern könne nur siegreich durchgeführt werden mit der Waffe in der Hand. Dabei steht: stürmischer Beifall bei den Faschisten! (Große Heiterkeit.) Die Reichsregierung ist von Anfang an entschlossen gewesen, diesen Kampf mit allen Mitteln der deutschen Republik aufzunehmen. Wir haben auch über die Bewegung der Rechtsradikalen zuverlässige Nachrichten, daß diese Herrschaften nur die Zeit abwarten, um loszuschlagen, und zwar wartet die eine Partei immer auf die andere. Der große Deutsche Tag in Nürnberg im September sollte eine Art Parade darstellen. Der Eintritt der Kommunisten in die Regierungen in Sachsen und Thüringen hat die Zukunftsaussichten dieser Kreise außerordentlich gestärkt. Der kommunistische Ministerialdirektor Brandler schreibt am 28. September in der russischen Zeitung „Prawda", es sei schwer, die kommunistischen Arbeiter zu bewaffnen, der Generalstreik sei jetzt politische Tätigkeit geworden, und es habe sich doch gezeigt, daß die Arbeiterschaft mit ihren Hundertschaften schnell kampfbereit dastehen und kolossale Divisionen als Gegengewicht gegen die offiziellen Streitkräfte bilden könne. Der Minister Böttcher in Sachsen hat in der „Sächsischen Arbeiterzeitung" folgende Ausführungen gemacht: „Die Koalitionsregierung hat bankerottiert. Es gibt nach dieser Entwicklung eine weiße oder eine rote Diktatur. Das Proletariat muß sofort bewaffnet werden. Die proletarischen Hundertschaften, Aktionsausschüsse, Kontrollausschüsse, Betriebsräte, alles das, was sich die Arbeiterklasse geschaffen hat in langem Kampfe, das sind Organe, mit denen das Proletariat heute seinen Kampf führen muß." Und dann wurde eine Resolution gefaßt, in der die im Zoologischen Garten versammelten 6000 Arbeiter entrüstet gegen die Auflösung der Hundertschaften protestieren und sich gewillt erklären, diese gleichwohl auszubauen und mit allen Mitteln zu kämpfen, um die „Diktatur Stinnes" zu beseitigen. Inzwischen waren wir

in den Ausnahmezustand hineingeraten.

Herr v. Kahr, der zum Generalstaatskommissar ernannt war, **war vor allem der Vertrauensmann weitester Kreise hier in Norddeutschland, die auf die Verwirklichung der nationalen Diktatur gewartet haben.** Die Episode von Küstrin zeigte uns, wie groß die Gefahr geworden war. Wir mußten annehmen, daß die Ernennung des Herrn v. Kahr in Bayern zu der Auslösung größerer Bewegungen in Norddeutschland führen würde. (Sehr wahr!) Die kleine Macht, die dem Reiche verblieben ist, gerät dadurch in die zwei Feuer der Kommunisten und Deutschvölkischen. Ich habe freilich nicht angenommen, daß die Männer in München (Zuruf aus der Mitte: Männer?) die Sache so töricht anfangen würden. Denn hätten sie es wirklich in großem Stile unternommen, dann wäre das tatsächlich die große Krise des Vaterlandes geworden. Wir mußten daher eine Stellung einnehmen, in der wir möglichst gesichert waren. Das war nur Mitteldeutschland. Wir haben dem sächsischen Ministerpräsidenten gegenüber den Standpunkt zum Ausdruck gebracht, daß wir keine Landesregierung anerkennen können, in der sich kommunistische Mitglieder befinden. Der Minister zitiert den bekannten Aufruf der kommunistischen Landtagsfraktion in Sachsen als Beispiel dafür, daß die Reichsregierung sich nicht zuwartend verhalten konnte. Es kommt zu längeren Radauszenen der Kommunisten, denen gegenüber sich Vizepräsident Dr. Bell nur schwer durchsetzen kann. Minister Dr. Geßler (fortfahrend):

Wer die deutsche Nation und die Verfassung der Republik erhalten will,

und das will doch auch die Arbeiterschaft, die es sogar als eine ihrer Hauptaufgaben ansieht, kann verfassungswidrige Zustände nicht dulden. Im übrigen zeigen ja die Ausführungen der kommunistischen Herren in Thüringen und Sachsen, wohin die Fahrt gehen soll. Der Zweck ist gewesen, an die Stelle der demokratischen Republik die Räterepublik zu setzen, und dagegen sich mit allen Mitteln zu wehren, ist Aufgabe der Regierung, die auf dem Boden der Verfassung steht. Aus zahlreichen Kreisen des Bürgertums ist uns

mitgeteilt worden, daß die sogenannten Kontrollausschüsse in durchaus unzulässiger Weise in das Wirtschaftsleben und in die Lebensmittelbeschaffung eingegriffen haben. Darüber steht uns Material genug zur Verfügung. Ein Fabrikbesitzer in Zwickau wurde zu Tarifverhandlungen geführt, er mußte die rote Fahne dem Zuge vorantragen, außerdem wurde ihm bei den Tarifverhandlungen selbst ein Hut mit roter Feder aufgesetzt, und er wurde gezwungen, was man ihm aufnötigte, zu unterschreiben. Die Polizei hat erklärt, daß sie nicht die Macht hätte, dagegen einzuschreiten. (Unruhe und Zurufe rechts. Die Kommunisten erwidern auf diese Zurufe, u. a. ruft Abg. Höllein nach der Rechten hin: Idiotenpack!) Die sächsische Polizei gewährte der Bevölkerung das Maß des Schutzes nicht, auf das sie Anspruch hat. (Fortgesetzter Lärm bei den Kommunisten.) Ich erhielt den Auftrag, unter allen Umständen Ordnung zu schaffen. (Erneute lärmende Zurufe der Kommunisten.) Mit der Verhängung des Reichsausnahmezustandes geht die Verantwortung für die Verwaltung auf das Reich über und hier steht dann Reichsrecht über Landesrecht. (Zurufe bei den Kommunisten: Und in Bayern?) Deshalb müssen Reichs- und Landesregierung sich in die Hände arbeiten und zu verständigen suchen. Die Schwierigkeit besteht darin, daß eine neue Behörde eingeschaltet ist, die nicht sowohl auf Verhandeln als auf Handeln eingestellt ist. In der Zusammenarbeit zwischen den Militär- und den Verwaltungsbehörden ist unendlich viel geleistet worden, weil die militärischen Befehlshaber durchaus sich auch für die Ernährung der Bevölkerung mitverantwortlich fühlen. General Müller hat mir wiederholt geschrieben, das ganze Unglück sei, daß in Sachsen 800 000 Menschen hungern müssen, und er hat sich größte Mühe gegeben, große Geldsummen für die hungernde sächsische Bevölkerung aufzubringen und große Kartoffelzüge sind nach Sachsen gegangen. Während so auf der einen Seite die Gefahr sich allmählich verminderte, wirkten andererseits

die Nachrichten von München her,

daß man zu Anfang November losschlagen wolle, erregend und aufreizend, und es war klar, daß, wenn am 8. oder 9. November das Projekt der Münchener durchgeführt wurde, sich daraus eine äußerst schwierige Situation ergeben müßte. Diese Feststellung war der Sinn der Bestellung des Generals v. Seeckt zum Inhaber der vollziehenden Gewalt. Der Sinn dieser Bestellung war der, daß um die deutsche Regierung gekämpft wird und daß wir nicht geneigt sind, diese preiszugeben, auch, wenn Männer, wie Ludendorff, an der Spitze der Bewegung stehen. Wenn die Herren v. Kahr und v. Lossow den beteiligten Kreisen vierzehn Tage früher gesagt hätten, daß der Marsch nach Berlin an der sächsischen Grenze jammervoll zusammenbrechen würde, dann wäre uns vieles erspart geblieben. Die Nützlichkeit unserer Maßnahmen ist aber nachträglich dadurch bestätigt worden. Die Ministerpräsidenten von Sachsen und Thüringen haben eine Reihe von Einzelfällen als Beschwerden gestern vorgetragen. Auch ich erkläre: Wer einen Wehrlosen mißhandelt, ist ehrlos; für eine Truppe gibt es nichts Schmählicheres, als wenn sie die Ehre der Waffen, die sie trägt, mißbraucht; gerade vom Standpunkt der militärischen Disziplin muß jedem derartigen Uebergriff aufs schärfste entgegengetreten werden. Der Weg dazu ist gegeben durch die Ueberweisung jedes derartigen Mißhandlungsfalles an die ordentlichen Gerichte. Diesen Weg zu beschreiten, fordere ich von hier aus jeden auf, der irgendwie seitens der Reichswehr mißhandelt oder vergewaltigt worden ist. In die inneren Verhältnisse eines Landes mische ich mich nicht gern. Ich habe aber selbst einmal eine Zeitung in Sachsen verklagen wollen, weil sie schwere Beschuldigungen gegen die Reichswehr erhoben hatte und ich ein Interesse an der Klarstellung dieser Beschuldigungen vor Gericht hatte. Darauf habe ich ein von Dr. Zeigner unterzeichnetes Schreiben bekommen, wonach das Strafverfahren gegen die betreffende Zeitung „auf Grund des Landtagsbeschlusses niedergeschlagen" worden sei. (Lärm bei den Kommunisten.) So wurde in Sachsen verfahren, und deshalb sind sich in Sachsen weite Kreise so rechtlos vorgekommen. (Zuruf bei den Kommunisten: Und in Bayern?) Gegen die bayerische Rechtsprechung können Sie viel sagen, aber eine derartige Bestimmung, daß die Regierung auf Grund der Verfassung ein Strafverfahren niederschlagen kann, haben wir in Bayern nicht. (Abg. Thomas (Komm.): Aber Ehrhardt befindet sich unangefochten in München!) Nun steht fest, daß

in Sachsen verschiedene Mißhandlungen vorgekommen

sind. Was aber hier vorgetragen worden ist, soll außerordentlich übertrieben sein. Jedenfalls wissen wir — das liegt ja auch in der Taktik gewisser Kreise —, daß Greuelberichte hergeschickt werden. Ich habe Erklärungen von Stadträten, die behauptet haben, daß ihnen von einem Offizier Schläge angeboten worden seien. Vor Gericht haben sie diese Behauptung zurücknehmen müssen. (Hört, hört!) Die Feststellung dieser Dinge ist ausschließlich Sache der ordentlichen Gerichte.

Anders liegen die Dinge in Thüringen. Die dortige Regierung ist bisher nur wegen zweier Vorfälle bei dem Militärbefehlshaber vorstellig geworden. Dagegen ist von allen anderen Beschwerden persönlicher Art, die gestern hier ausgeführt wurden, dem Reichswehrministerium nichts bekannt. (Hört, hört! bei der Mehrheit.) Der Studienrat, der so schlecht behandelt worden sein sollte, hat dem Militärbefehlshaber ein Dankschreiben wegen der ritterlichen Behandlung geschickt, die ihm zuteil geworden ist. (Hört, hört! und Heiterkeit.) Tatsächlich hat ein Unteroffizier die Frau des Studienrates, die er für ein Dienstmädchen hielt . . . (Großer Lärm bei den Komm. und stürmische Pfuirufe. — Zuruf: Ist ein Dienstmädchen weniger als eine Studienräin?) Sie tun mir unrecht; mir steht die Ehre eines Dienstmädchens so hoch wie die einer Fürstin. Ich muß Ihnen doch aber schildern, was mir berichtet worden ist, nämlich, daß der Unteroffizier die Frau für ein Dienstmädchen hielt und — wie das beim Militär ist — eine Annäherung gewagt habe. (Schallende Heiterkeit bei der Mehrheit. — Große Unruhe bei den Kommunisten.) Selbstverständlich ist dieser Unteroffizier bestraft worden. Eine ganze Reihe von Verhaftungen können wir nicht nachprüfen, weil diese nicht von dem Militär, sondern von der Landespolizei vorgenommen worden sind. (Zuruf b. d. Komm.: Die untersteht doch aber der Reichswehr!) Selbstverständlich, aber sie ist doch eine Einrichtung der Landesregierung. Der Kommandeur der Polizei, der mit dem Militärbefehlshaber sehr verständig zusammenarbeitet, ist übrigens der bekannte Major Müller-Brandenburg. In dem Bericht über die thüringische Getreidegesellschaft — der Fall, der so großes Aufsehen hier erregt hat — heißt es, die weitesten Kreise von Weimar, sogar der Aufsichtsrat der Gesellschaft selbst, haben sich schon mit der Praxis der Gesellschaft beschäftigt. Das Vorgehen wird keinesweges auf die Denunziation eines einzelnen begründet. Uebrigens ist die ganze Angelegenheit am 21. d. M. der Staatsanwaltschaft übergeben worden. Ich bin bereit, Mißständen überall abzuhelfen. Ich arbeite auch mit dem sächsischen Ministerpräsidenten sehr gut zusammen, ich habe auch die Militärbehörden angewiesen, sich mit ihm in enger Beziehung zu halten. Alle Beschwerden des Ministerpräsidenten werde ich an den Militärbefehlshaber zur schleunigen Berichterstattung weitergeben. Ich kann die Ausführungen des Ministerpräsidenten Fellisch nicht als richtig anerkennen. Der schwerste Vorwurf gegen einen Angehörigen der Wehrmacht ist es, daß er die Verfassung bedrohe. Mir ist eine Fülle von Einzelheiten darüber zugegangen, welche Schwierigkeiten von einem Teil der kommunistischen Bürgermeister in Thüringen gemacht werden. Ein großer Teil der Professoren von Jena und auch eine Kommission von demokratischen Parteiangehörigen hat eine Eingabe an den General v. Seeckt gemacht, die Reichswehr in Thüringen zu belassen. Ein großer Teil der Bevölkerung in Bayern, Sachsen und Thüringen hat das Gefühl, rechtlos zu sein; wir müssen dafür sorgen, daß dieses Gefühl in den bürgerlichen Kreisen verschwinden kann.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.):

Es ist ein Unding, daß in einem demokratischen Staat ein militärischer Ausnahmezustand herrscht. Herr Preuß, der Schöpfer der Verfassung, hat das ausdrücklich betont. Heute hat Herr v. Seeckt zu befehlen, die Regierungen leben nur von seiner Gnade. Mit jedem Tage wächst die Gewaltherrschaft des Militärs. In Sachsen und Thüringen haben wir nie so verfassungswidrige Zustände gesehen wie in Bayern. Reichskanzler und Wehrminister haben geradezu erbärmliches Material über Sachsen und Thüringen vorgebracht. Das verfassungsmäßige Leben Deutschlands ist gefährdet durch das Vorgehen der Reichswehr gegen die verfassungsmäßigen Regierungen in Sachsen und Thüringen. Rücksichtslos sind in Sachsen Polizeibeamte abgesetzt worden, ebenso die Regierungskommissare, die doch Vertrauensleute der verschiedenen Parteien sind, wahrscheinlich wegen ihrer Berichte über die Bestialitäten der Reichswehr, die sie im Gefühl ihrer Allgewalt begangen hat. Arbeiterbataillone, deren Bildung im Rücken der Reichswehr verhindert werden soll, bestehen nur in der Phantasie des Wehrministers. Der Redner erhebt schärfsten Einspruch gegen das Verbot der ganzen Kommunistischen Partei und ihrer Einrichtungen. Er erhebt dann heftige Vorwürfe gegen die Reichswehr, die sich Mißhandlungen der Arbeiter habe zuschulden kommen lassen. In Sachsen seien in kurzer Zeit 34 Tote zu verzeichnen gewesen und einige hundert Verwundete. Wo sollen wir das Recht hernehmen, die Brutalitäten im besetzten Gebiet zu geißeln, wenn derartiges hier geschieht? Rücksichtsloser ist noch nie mit Leben und Freiheit der Bürger verfahren worden. Noch heute werden die Verhaftungen fortgesetzt.

Auch sonst kehrt sich die Militärdiktatur nicht an Recht und Gesetz. Ich verweise nur auf die geradezu unmögliche Verhaftung des Journalisten Dehme. Die Sozialdemokratische Partei fordert

Aufhebung des Ausnahmezustandes

im Interesse der arbeitenden ruhigen Bevölkerung. So lange die früheren kaiserlichen Offiziere, die Deutschland ins Unglück gebracht haben (Unruhe rechts), noch eine Rolle bei uns spielen, ist die Republik gefährdet. Nicht Dank gebührt der Reichswehr, sondern schärfster Protest. Mit Variation eines alten Wortes kann man sagen: In Sachsen und Thüringen alles ruhig, mit Ausnahme der Reichswehr. (Beifall links.)

Thüringischer Ministerpräsident Frölich:

Erst nachdem die Rechtsorganisationen offen zum politischen Mord aufforderten, sind als Schutz Gegenorganisationen der Linken aufgetreten. Wenn wir gemeinsam mit den Kommunisten arbeiten wollten, so war das Sache unserer eigenen freien Vereinbarung, wie ja bei Koalitionsregierungen die Parteien sich stets verständigen müssen. Redner wendet sich gegen die Ausführungen des Wehrministers, wonach die thüringische Beamtenschaft der Reichswehr für ihr Einschreiten dankbar sei und erhebt Beschwerde gegen das Auftreten der Reichswehr. (Bravo!)

Abg. Frölich (Komm.) weist auf das heute erfolgte Verbot der Kommunistischen Partei hin. Es bedeute eine Verschärfung und Verdoppelung der Verfolgung der Partei. Sie werde aber alle Opfer auf sich nehmen, selbst wenn unsere Führer den Weg der Rosa Luxemburg gehen müssen. Wir pfeifen auf dieses Verbot, wir lachen darüber, weil es von einer Macht kommt, die selbst zerbricht. Redner schließt mit Verlesung einer Erklärung, in der die Beseitigung dieser Regierung gefordert wird. Der Redner kündigt bewaffneten Aufstand gegen die Militärdiktatur an. (Lebhafter Beifall bei den Kommunisten, die sich auf Aufforderung des Abg. Koenen von den Plätzen erheben und ein dreifaches Hoch auf den internationalen Kommunismus ausbringen. — Als die anderen Parteien darauf in schallendes Gelächter ausbrechen, ruft ihnen Abg. Höllein zu: Idiotenpack!)

Abg. Wegmann (U. Soz.) fordert die Räumung Sachsens und Thüringens von der Reichswehr.

Abg. Henning (Deutschv. Freiheitsp.) erklärt gegenüber dem Abg. Leicht, daß in seiner Bewegung religiöse Gesichtspunkte überhaupt keine Rolle spielten. Der politische Kampf gegen Rom habe nichts mit Religion zu tun. (Aha! im Zentrum und in der Bayer. Vp.) Ehrhardt, der sich auf die Seite von Kahr geschlagen hat, habe der Bewegung den Dolch in den Rücken gestoßen. Der Redner gibt offen zu, daß seine Partei das Gelingen des Hitler-Unternehmens gewünscht hätte, aber das sei kein Anlaß zum Verbot.

Damit schließt die Debatte.

Da viele Abgeordnete zur Teilnahme an der Beerdigung des Reichsbankpräsidenten Havenstein beurlaubt sind, wird nach Erledigung einiger Petitionen die Sitzung um 7 Uhr unterbrochen und die Abstimmung über das Vertrauensvotum auf ½8 Uhr angesetzt.

Die Abstimmung.

Die Sitzung wird um ½8 Uhr vom Präsidenten Löbe wieder eröffnet. Der Präsident stellt zunächst das Vertrauensvotum zur Abstimmung, das von der Deutschen Volkspartei, den Demokraten und dem Zentrum gestellt ist. Die Abstimmung ist namentlich. Dagegen stimmen die Sozialdemokraten, die Kommunisten und die Deutschnationalen. Die Bayerischen Bauernbündler enthalten sich der Abstimmung. Die Bayerische Volkspartei stimmt gegen das Vertrauensvotum, einige Mitglieder enthalten sich der Stimme.

Das Ergebnis der Abstimmung ist folgendes: Es wurden abgegeben insgesamt 392 Karten. Davon stimmten mit Ja 155, mit Nein 230. 7 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. Das Vertrauensvotum ist also abgelehnt. Die Mißtrauensanträge sind damit erledigt. Das Abstimmungsergebnis wird von dem ganzen Hause stillschweigend entgegengenommen. Der Reichskanzler und die Reichsminister verlassen sogleich den Saal.

Der sozialdemokratische Antrag auf Aufhebung der Ausnahmeverordnungen des Reichspräsidenten wird gegen die bürgerlichen Parteien abgelehnt.

Abgelehnt werden kommunistische Anträge auf Rückgängigmachung der Zeitungsverbote, auf Aufhebung des Oberbefehls des Generals v. Seeckt und auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gegen die Reichswehr.

Für einen kommunistischen Antrag auf Einleitung des Hochverratsverfahrens gegen Kahr, Ludendorff, v. Lossow und Hitler stimmen mit den Antragstellern die So-

---

Fichte und der Völkerbund.

Von S. Grünebaum (Heidelberg).

Die Verirrung der deutschen Geisteswelt wird durch nichts drastischer illustriert als durch die Art, wie Ereignisse und Persönlichkeiten der deutschen Vergangenheit umgebogen, ja oft in ihr Gegenteil verkehrt werden, um in die Phraseologie deutschvölkischen Kraftmeiertums zu passen. Der gleichen spöttischen Ironie, mit der das Ausland die Fälschung historischer Vorgänge durch deutsche Gelehrtenhäupter aufnimmt, muß es in Deutschland begegnen, wenn versucht wird, große Gestalten unseres Volkes unter Umfrisierung ihrer ganzen Art der deutschvölkischen Ahnengalerie einzureihen. Jeder auch nur halbwegs beschlagene Geschichtskenner wird daher mit einem halb spöttischen, halb bitteren Lächeln es aufnehmen, wenn Fanatiker der Reaktion den großen Kosmopoliten und Verächter eines jeden Völkerhasses, Goethe, oder den im Rahmen seiner Zeit mit weitem Blick für Volksfreiheit ausgezeichneten Freiherrn vom Stein für sich zu reklamieren suchen.

Da man weiß, daß Fichte einer der stärksten Rufer und Wecker des deutschen Volkes im Kampfe gegen die Tyrannei Napoleons war, so scheint es, als ob diejenigen der obskuren nationalistischen Geheimbünde, die sich nach dem großen Philosophen „Fichte-Bund" nennen, dies mit einem gewissen Schein von Recht tun könnten. Dem ist jedoch nicht so. Auch ohne größere Geschichtsstudien dürfte die unrechtmäßige Beschlagnahme Fichtes für nationalistisch-monarchistische Restaurationszwecke schon für jeden aufmerksamen Leser der sozialistischen Literatur klar sein, sofern er sich die Stellung Ferdinand Lassalles zu Fichte zurückruft. In zwei Aufsätzen, „Fichtes politisches Vermächtnis und die neueste Gegenwart" und „Die Philosophie Fichtes und die Bedeutung des deutschen Volksgeistes", hat Lassalle dargetan, wie sehr der wahrhaft nationale Philosoph gleichzeitig ein durchaus republikanisch denkender Politiker war.

Die fortgeschrittene Erkenntnis Fichtes vom Staat ersehen wir am besten in einem Aufsatz „Die Bestimmung des Menschen", worin er bereits im Jahre 1800 die Bedeutung der Demokratie für die Verständigung der Völker dargelegt hat. In geradezu klassischer Form setzt Fichte hier auseinander, wie die unterdrückten Volksmassen, nachdem der Mißbrauch der herrschenden Stände zur Unerträglichkeit emporgewachsen, unter Aufgebot aller Kräfte sich ihre Rechte zurückholten, und sich durch „Verabredung", welche allein den Namen Gesetzgebung verdienen, vor gegenseitiger Gewalttätigkeit zu schützen unternahmen. „Durch die Errichtung dieses einigen Staates", so erklärt Fichte diese feste Begründung des innerlichen Friedens, „ist zugleich der auswärtige Krieg mit mehren Staaten seiner Möglichkeit nach abgeschnitten. Schon um seines eigenen Vorteils willen, schon um in seinem eigenen Bürger keinen Gedanken an Unrecht, Raub und Gewalttätigkeit aufkommen zu lassen, muß jeder Staat die Verletzung eines Bürgers des benachbarten Staates ebenso streng verbieten, als ob sie an dem eigenen Mitbürger ausgeübt wäre."

Nur da ist nach Fichte ein Raubkrieg möglich und begreiflich, wo der Vorteil des Krieges den wenigen Unterdrückern zuteil wird, der Nachteil aber, die Mühe, die Kosten auf das zahlreiche Heer der Sklaven fällt. Denn es ist unmöglich, so deduziert der große Philosoph, „daß eine große Nation beschließen sollte, des Raubes halber ein benachbartes Land mit Krieg zu überziehen, indem in einem Staate, in welchem alle gleich sind, der Raub nicht die Beute einiger wenigen werden, sondern unter alle sich gleich verteilen müßte, dieser Anteil des einzelnen aber ihn nimmermehr die Mühe des Krieges lohnen würde."

Seiner Zeit weit vorauseilend wird jedoch Fichte geradezu zum Prophet unserer Tage, wenn er in seinen Anmerkungen zum Völkerrecht sich folgendes Bild vom „Völkerbund" macht: „Mehrere Staaten vereinigen sich und garantieren sich selbst untereinander und gegen jeden, der auch nicht mit in der Verbindung ist, ihre Unabhängigkeit und die Unverletzlichkeit ihrer Verträge. Die Formel dieses Bundes würde diese sein: Wir alle versprechen, mit vereinigter Macht denjenigen Staat, stehe er mit im Bunde oder nicht, auszutilgen, welcher die Unabhängigkeit eines von uns nicht anerkennen, oder den zwischen einem von uns und ihm bestehenden Vertrag brechen wird. Wenn nun allmählich alle Staaten in diesen Bund träten, entstünde der sichere und ewige Friede. Keiner wird es wagen, gegen die bekannten Gesetze des Bundes zu verstoßen, so lieb ihm seine Selbsterhaltung ist."

Männerchor „Heidenröslein", Siemensstadt (D.A.S.B.). Ein volles Haus lauschte den durchweg guten Darbietungen des vom Männerchor „Heidenröslein" in den Siemens-Festsälen veranstalteten Kunstabends, der im Zeichen heiterer Musik stand. Mit einem reizenden Rondo von Boccherini und einem flotten spanischen Tanz von Popper gab in sauberer Nüancierung Herr Schulz-Fürstenberg (Cello den Auftakt. Sein Scherzo von Goeuf und die klangvolle Gavotte von Popper hinterließen gute Meinung von seinem Können, ebenso der neckische Gnomenreigen, von P. A. Joseph vertont. Herr P. A. Joseph gab am Klavier mit gewohnter Virtuosität die Mazurka von Godard, die Galoppade von Czerny und den von Liszt paraphrasierten Faust-Walzer Gounods. Mit bewährten Schnurren und heiteren Volksliedern zur Laute entfesselte Frau Margarete Walkotte Beifallsstürme. Auch der Chor ließ sich hören: „Aennchen von Tharau" — „Mein Mädel hat einen Rosenmund" — „Vetter Michel". Aber das rechte Feuer fehlte diesmal. Die Sänger schienen sich einmal in der Rolle genießender Zuhörer besser zu gefallen. Frisches Blut in ihrem „Repertoire" würde nichts schaden. e. r.

Die Unruh-Premiere als Verhaftungsgrund. Aus München wird folgendes Geschichtchen berichtet, das den großen Vorzug hat, vollkommen wahrheitsgetreu zu sein. Wird da ein Münchener Schauspieler, der aus dienstlichen Gründen gezwungen war, nach der Straßensperrstunde nach Hause zu gehen, prompt erwischt und zur Wache gebracht. Mit Mühe gelingt es ihm, den vernehmenden Kommissar von seiner unbedingten Ungefährlichkeit zu überzeugen, als diesem ein schwer belastendes Dokument in die Hand fällt, eine Mitteilung, die folgenden Satz enthält: „Sie sollen im neuen Unruh in Darmstadt eine führende Rolle spielen." Nichts kann den Gewaltigen in seinem Glauben wankend machen: vor ihm steht ein Putschist, dem mit lächerlich leicht durchschaubarem Deckwort die Leitung von Aufständen in Darmstadt übertragen werden soll. Kurz und gut: 24 Stunden dauerte es, bis der unglückliche Mime zu den — Proben von Fritz von Unruhs neuem Drama „Rosengarten" nach Darmstadt fahren konnte.

22 165 Friedenspläne. Auf das Preisausschreiben des amerikanischen Friedensfreundes Edward W. Bok, der einen Preis von 100 000 Dollar für den besten praktisch durchführbaren Plan aussetzte, nach dem die Vereinigten Staaten mit den anderen Völkern zur Erlangung des Weltfriedens zusammenarbeiten können, sind 22 165 Friedenspläne eingegangen. Sie kamen aus 19 Ländern und allen Teilen der Welt, von Mitgliedern der meisten kriegführenden Staaten, aber auch aus Estland, Bolivien und China. Viele sind umfangreiche Manuskripte, andere kurze Telegramme; einige Bewerber kabelten nur die Grundzüge ihrer Entwürfe. Das Preisrichterkollegium, dem hervorragende Staatsmänner und Gelehrte, wie Elihu Root und Edward M. House angehören, ist schon seit einem Monat mit der Sichtung der Eingänge beschäftigt, wird aber vor Januar nicht zur Preisverteilung schreiten können.

Der „gegründete" Beschäler. Eine recht ungewöhnliche Aktiengesellschaft ist in England zu dem Zweck gegründet worden, den im Besitz des Herrn Unzué befindlichen Sprößling von „Rock Sand", einem vom Glück begünstigten Vertreter der Pferderasse, zu erwerben, der unter dem Namen „Tracery" im Derby von 1912 berühmt geworden ist. Die Zahl der ausgegebenen Aktien beträgt nur 40; aber jede einzelne lautet auf den Nennwert von 1200 Pfund Sterling. Von den 40 Aktien werden 30 verkauft und 10 als Kaufpreis Herrn Unzué übergeben. Das Merkwürdige sind aber die Statuten dieser Aktiengesellschaft, die einen Paragraphen enthalten, nach dem jeder Aktionär das Recht hat, drei Jahre lang eine Stute dem „gegründeten" Hengst zuzuführen und von diesem decken zu lassen. Tracery wurde im Jahre 1909 in den Vereinigten Staaten geboren, kam dann nach England, wo er in den klassischen Rennen große Erfolge erzielte und schließlich für 53 000 Pfund Sterling in den Besitz des Herrn Unzué überging, der ihn nach Argentinien brachte, um ihn in seinem Gestüt als Deckhengst zu verwenden. Später kehrte Tracery wieder nach England zurück, wobei er für die Kleinigkeit von 50 000 Pfund Sterling versichert wurde.

Die Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (die offiziell immer noch Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft heißt) veranstaltet in diesem Winter für ihre Mitglieder und Freunde eine Reihe von wissenschaftlichen Vorträgen im Festsaal der Gesellschaft im Schloß. Sonnabend, den 24. November, abends 8½ Uhr, spricht Prof. v. Harnack über „Sprache und Sprachreinigung".

Im Deutschen Opernhause wird wegen Erkrankung Michael Bohnens Sonnabend 8 Uhr statt Holofernes Rigoletto mit Heinrich Schlusnus in der Titelpartie gegeben.

Musik. In der Jerusalemskirche findet Totensonntag, 6 Uhr, eine geistliche Abendmusik unter Mitwirkung des Madrigalchores statt.

Artur Holitscher spricht auf Einladung der Volksbühne am Montag, den 26. Nov., 7½ Uhr, in der Aula des Gymnasiums zum Grauen Kloster, Klosterstr. 74, über das russische Theater. Einlaßkarten zu 150 Milliarden am Saaleingang.

Frau Curies Ehrung. Der französische Unterrichtsminister hat in der Kammer einen Gesetzentwurf eingebracht, nach dem der Frau Professor Curie zum 25. Jahrestag der Entdeckung des Radiums ein Betrag von 40 000 Franken gewährt werden soll.

zialdemokraten, ein Teil der Demokraten und Frau v. Oheimb (D.Vp.). Der Antrag wird durch Auszählung mit 193 gegen 168 Stimmen abgelehnt. (Beifall rechts, Pfuirufe links.)

Abg. Dr. Petersen (Dem.) gibt zu der Abstimmung eine Erklärung ab und betont, daß diejenigen, die gegen den Antrag gestimmt haben, nicht etwa wünschen, daß nicht mit aller Energie, Schärfe und Rücksichtslosigkeit gegen diejenigen Personen in Deutschland vorgegangen wird, die sich des Hochverrats schuldig gemacht haben. Seine Fraktion habe von jeher auf dem Standpunkt gestanden, daß es das Verkehrteste und Unverantwortlichste sei, wenn ein politisches Parlament in die Justiz eingreife. (Zustimmung bei den bürgerlichen Parteien.) Heute hat unser Freund Geßler, wie ich glaube, unter allgemeiner Zustimmung des Hauses getadelt, daß der Sächsische Landtag in ein Justizverfahren in Sachsen in anderer Richtung eingegriffen hat. (Unruhe.)

Präsident Löbe erhält die Ermächtigung, die nächste Sitzung anzuberaumen und ihre Tagesordnung zu bestimmen, nachdem die Folgerungen aus der heutigen Abstimmung gezogen sein werden.

Schluß 8 Uhr 15 Minuten.

*

Der Aeltestenrat des Reichstags hat gestern Freitag beschlossen, die Sitzungen des Reichstags solange auszusetzen, bis die neue Regierung gebildet ist.

Bayerischer Hochverrat und Reichstag.

Ein abgelehnter Antrag.

Nach der entscheidenden Abstimmung des Reichstages wurde, wie aus dem Bericht hervorgeht, eine Reihe von weiteren Abstimmungen über eingebrachte Anträge, die sich hauptsächlich auf die Anwendung des Belagerungszustandes bezogen, vorgenommen. Alle Anträge wurden von einer kompakten bürgerlichen Majorität gegen die sozialdemokratischen und kommunistischen Stimmen abgelehnt, wobei die sächsischen Demokraten Dr. Brodauf und Prof. Götz sowie Prof. Schücking verschiedentlich mit den Sozialdemokraten gemeinsam stimmten.

Bei einem dieser Anträge ereignete sich ein viel beachteter Zwischenfall. Es handelte sich um einen kommunistischen Antrag, der dahin ging, daß ein Hochverratsverfahren gegen die Münchener Putschisten beider Fakultäten — also Hitler, Kahr, Ludendorff, Lossow und Seisser — eingeleitet werden soll. Es scheint, daß dieser Antrag, der erst in letzter Stunde eingereicht worden war, den meisten Fraktionen überraschend kam. Trotzdem wäre es eine Frage nicht nur des politischen Instinkts, sondern auch der politischen Reinlichkeit gewesen, für diesen ausnahmsweise vernünftigen kommunistischen Antrag zu stimmen.

Bei der ersten Abstimmung im Saale erhoben sich jedoch außer den Sozialdemokraten und den Kommunisten zunächst nur zwei oder drei Demokraten, sodann, aufgemuntert durch Zurufe von der Linken, einige weitere Mitglieder der demokratischen Fraktion. Bei der Gegenprobe lehnten alle bürgerlichen Parteien den Antrag ab, wobei allerdings einige andere Demokraten, ferner die beiden Zentrumsführer Fehrenbach und Spahn sitzenblieben, sich also der Stimme enthielten. Da das Ergebnis zweifelhaft war, mußte ein Hammelsprung vorgenommen werden. Dabei stimmten von den bürgerlichen Abgeordneten mit der Sozialdemokratie und den Kommunisten nur folgende für den Antrag: Frau v. Oheimb (D. Vp.), Helfe, Schuldt, Delius, Prof. Schücking, Prof. Götz, Ziegler, Brodauf und Dr. Haas von den Demokraten. Fehrenbach, Spahn und einige Demokraten blieben der Abstimmung fern. Die Auszählung ergab dennoch die Ablehnung des Antrages mit 193 gegen 168 Stimmen, ein Resultat, das von den Deutschnationalen sowie von einigen deutschvölkischen Jünglingen auf den Tribünen mit Jubel aufgenommen wurde. Dieser Jubel wurde dann einigermaßen gedämpft durch eine Erklärung des Demokraten Petersen, daß die Gegner dieses Antrags beileibe nicht den Angeschuldigten ihre Unschuld attestieren, sondern nur eine Einmischung des Parlaments in die Justiz vermeiden wollten.

Diktator Koenen.

Oder: Kadavergehorsam in der KPD.

Im Laufe des gestrigen Tages sind nachträglich Einzelheiten über die Angelegenheit des Abg. Remmele bekanntgeworden, die ein bezeichnendes Licht auf die Verhältnisse innerhalb der Kommunistischen Partei werfen. Es war bereits am Dienstag aufgefallen, daß verschiedene kommunistische Abgeordnete nach dem vom Präsidenten Löbe verfügten Ausschluß Remmeles, also im Laufe der einstündigen Sitzungspause, in den Wandelgängen mitgeteilt hatten, daß ihr Fraktionskollege sich dem Beschluß des Präsidenten fügen würde, während er bei der Wiederaufnahme der Sitzung trotzdem im Saale doch anwesend war und dadurch eine neue Unterbrechung der Verhandlungen verursachte.

Ueber die Ursachen dieser wieder rückgängig gemachten Zusage erfährt man nun folgende erbauliche Einzelheiten:

Als die Sitzung unterbrochen wurde, waren die anwesenden kommunistischen Abgeordneten zusammengetreten, um über die von Remmele einzunehmende Haltung Beschluß zu fassen. Mit sieben gegen zwei Stimmen hatten sie entschieden, daß Remmele sich entsprechend der Anweisung des Präsidenten aus dem Saale zu entfernen hätte. Remmele selbst gehörte zu jenen sieben. Der Abg. Koenen dagegen, der einer von den zwei Unentwegten war, die für ein Verbleiben Remmeles im Saale mit allen seinen Konsequenzen eintraten, erklärte kurz vor Wiederaufnahme der Sitzung dem Ausgeschlossenen, dieser Beschluß sei ungültig, da er, Koenen, als Vertreter der Zentrale der KPD. anderer Meinung sei. Er befehle ihm im Namen der Zentrale, daß er in den Saal zurückkehre, einer etwaigen neuen Aufforderung des Präsidenten keine Folge leiste und alle weiteren Konsequenzen auf sich nehme. So mußte also das am meisten interessierte Mitglied der Kommunistischen Fraktion gegen seine bessere Ueberzeugung und gegen die Meinung der großen Mehrheit seiner Fraktionskollegen jene Haltung einnehmen, die nicht nur eine Herausforderung des gesamten Reichstages, sondern auch für ihn selbst einen schweren Schaden bedeutete. Es wäre interessant, zu erfahren, mit wem Herr Koenen in der Zwischenzeit noch Rücksprache genommen, wessen Instruktionen er ausgeführt hat. Denn wir können nicht annehmen, daß die Kommunistische Internationale einen so minderbegabten Menschen wie Koenen zu ihrem Berliner „Auge" auserkoren hat. Sicher gibt es noch eine andere Stelle, die über Koenen steht und deren Befehle mit turkestanischem Kadavergehorsam auszuführen sind.

*

Am Schluß unseres Reichstagsberichtes über die Donnerstagsitzung wird dem Genossen Löbe der Satz in den Mund gelegt, Remmele habe durch List und als Fassadenkletterer in das Haus zu gelangen versucht. Die Fassung dieses Satzes beruht auf einem Hörfehler. In Wirklichkeit hatte Genosse Löbe die von ihm angeordneten Sicherheitsmaßnahmen scherzhaft begründet, daß nachdem der Abg. Remmele tatsächlich versucht habe, durch List in das Haus einzudringen, er Vorkehrungen auch für den Fall habe treffen müssen, daß er sich vielleicht gar als Fassadenkletterer betätigen wolle.

Krull entflohen. Wie eine Berliner Gerichtskorrespondenz erfährt, ist es dem unter dem Verdacht des Mordes an Rosa Luxemburg stehenden Leutnant a. D. Ernst Krull gelungen, ins Ausland zu entkommen.

Seeckts Parteiverbote.

Haussuchungen bei Deutschvölkischen und Kommunisten.

Im Laufe des gestrigen Tages sind auf Veranlassung der militärischen Dienststellen in Berlin zirka 40 Haussuchungen durch Beamte der politischen Polizei bei Deutschvölkischen und Kommunisten vorgenommen worden. Nicht nur die Zentralbureaus der beiden Parteien, sondern auch die Bezirksstellen, sämtliche Zahlstellen und die Redaktionen der „Roten Fahne" und des „Deutschen Tageblattes" sind von den Beamten geschlossen und versiegelt worden. Die Angestellten der Parteibureaus, ebenso wie die der Zeitungen haben ein strikkes Verbot erhalten, für die Organisationen weiter zu arbeiten oder ihre bisherigen Arbeitsräume zu betreten. Die Verträge sind vielmehr sofort zu lösen. In beiden Lagern ist viel Material beschlagnahmt und der Abteilung IA im Polizeipräsidium zugeführt worden. Verhaftungen sind dagegen, soweit bisher bekannt ist, nicht vorgenommen worden.

*

Zum Verbot der Kommunistischen Partei bemerkt das „B. T.":

„Jetzt wird die gesamte Tätigkeit der Kommunisten in das Dunkel gedrängt. An die Stelle der Auseinandersetzung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten, die gerade in Sachsen und Thüringen bereits zu erheblichen Erfolgen geführt hatten, tritt die Auseinandersetzung zwischen den militärischen Befehlshabern und der Kommunistischen Partei, und es ist zu befürchten, daß diese Maßregel ebenso wie die jetzige, auch von General v. Seeckt scharf gehandelte Handhabung des Ausnahmezustandes zu einer im Staatsinteresse unerwünschten Radikalisierung breiter Schichten führen wird."

Auch die „Voss. Ztg." wendet sich gegen das Verbot. Es heißt da:

„Im kaiserlichen Deutschland ist diese Methode des Kampfes üblich geworden. Sie darf auch nicht auf Umwegen wieder in das neue Reich eingeschmuggelt werden. Weil so etwas immer zu befürchten steht, gibt es für jeden aufrichtigen Verfechter republikanischer Freiheit nichts Unsympathischeres als Verbote von organisierten Ideenvertretungen, noch dazu wenn sie Parteiorganisationen betreffen, die Abgeordnete in den Parlamenten zu sitzen haben. Aber andererseits darf man sich durch solche Erwägungen auch nicht zu falschen Sentimentalitäten verleiten lassen."

In der Rechtspresse ist es vorläufig still. Lediglich die „Deutsche Zeitung" meldet sich zum Wort. Aber auch hier geht's nach den Blamagen der letzten Tage mit gedämpfter Trommeln Klang. Mit dem Verbot der Kommunistischen Partei ist man natürlich durchaus einverstanden. Daß aber die Putschbrüder auf der Rechten das Schicksal ihrer linken Genossen teilen sollen, kommt den Völkischen etwas böhmisch vor. Auf welche Volksstelle der „Militärdiktator" General Seeckt seine Macht denn eigentlich stützen wolle, wenn nicht auf die Völkischen, fragt naiv das Blatt Maurenbrechers. Herr Graefe habe doch, um Gottes Willen, den Münchener Demonstrationszug in bestem Glauben mitgemacht, und man könne doch nicht eine ganze Partei für „Ansichten und Handlungen" eines einzelnen Führers verantwortlich machen! Die alte völkische Heldentaktik: man stellt sich dumm und verleugnet die eigenen Führer. Und verlangt obendrein noch den Bruderkuß der Reichswehroffiziere....

Die Durchführung in Sachsen.

Dresden, 23. November. (WTB.) Im Anschluß an die Verordnung des Generals v. Seeckt über die Auflösung der kommunistischen, nationalsozialistischen und deutschvölkischen Organisationen und Einrichtungen wurden Verlag und Druckerei der „Sächsischen Arbeiterzeitung" in Leipzig und des „Kämpfers" in Chemnitz bereits gestern abend durch Reichswehr besetzt. Die Leitung der heute vormittag im ganzen Reich gleichzeitig erfolgten Durchführung dieses Verbots liegt im Freistaat Sachsen in den Händen der Staatspolizeiverwaltung und des Landeskriminalamts. Im Freistaat Sachsen sind damit 15 Kreisdirektoren und in den Regierungsbezirken von Merseburg und Magdeburg die Landräte und Polizeibehörden der kreisfreien Städte beauftragt.

Dresden, 23. November. (Eigener Drahtbericht.) Im Landtage fanden heute mittag Haussuchungen statt. 15 bis 20 Kriminalbeamte drangen trotz des Protestes des Landtagspräsidenten Genossen Winkler in das Dienerzimmer und das Fraktions- und Abgeordnetenzimmer der KPD. ein und durchsuchten die Räume. In dem Fraktionszimmer wurden mehrere Schriftstücke beschlagnahmt.

Die Rüstungen der Kommunisten.

Der „Soz. Parlamentsdienst", der das Vorgehen des Generals Seeckt gegen die Kommunisten nicht billigt, macht interessante Angaben über die Rüstungen der Kommunistischen Partei, die auch nach dem Zusammenbrechen des Hamburger Putsches fortgesetzt werden. Es heißt in dem Bericht:

Unendliche Mittel haben die Kommunisten in den letzten Monaten für Waffen- und Munitionskäufe ausgegeben. Die bisher erreichte Zahl der gefundenen Waffen aller Gattungen dürfte 20 000 übersteigen. Am Freitag hat die Berliner Polizei wieder ein kommunistisches Waffenlager beschlagnahmt, nachdem sie tags zuvor u. a. auch vier Kisten Dumdum-Munition gefunden hatte. Generalstabskarten und das notwendige Zubehör sind nicht nur der Polizei in Berlin, sondern auch in anderen Gegenden des Reiches in die Hände gefallen. Dazu kommt das unendliche Material über Anweisungen im Falle einer bewaffneten Auseinandersetzung an die kommunistischen Unterorganisationen im Lande.

Ludendorff gegen Ehrhardt.

In der Nachtausgabe des „Tag" findet man an unauffälliger Stelle folgende Erklärung Ludendorffs:

„Ich werde von meinen Freunden aus allen Teilen Deutschlands immer wieder gefragt, ob Kapitän Ehrhardt an Stelle Hitlers als Führer des völkischen Deutschland in Frage komme. Kapitän Ehrhardt kommt als Führer von völkischen Deutschen für mich nicht in Betracht.

Ludendorff."

Ehrhardt, der von den reichsdeutschen Gerichten Gesuchte, hat sich bekanntlich gleich nach dem gerunglückten Ludendorff-Hitler-Putsch dem Staatskommissar Kahr zur Verfügung gestellt, um den Riß zwischen den Völkischen und Blauweißen zu übertünchen. Man sagt ihm nach, daß er den Ehrgeiz habe, sich an die Spitze der völkischen Putschisten zu stellen. Gerüchtweise verlautete sogar in München, Ehrhardt beabsichtige in der Nacht vom 23. zum 24. November loszuschlagen. Mag dieser Termin auch verfrüht sein, er zeigt doch, in welch ungesunder Spannung Bayern infolge der Wühlarbeit der Kampfverbände dauernd lebt.

Daß Ludendorff seinem Kumpan Ehrhardt ein Bein stellt, nimmt keinen Wunder, der die Psyche der Völkischen kennt. Das Wort von der Einigkeit auf Leben und Tod für die nationale Sache führen sie stets im Munde, innerlich hassen sie sich aber alle gegenseitig wie die Sünde, weil ihr Ehrgeiz keine fremden Götter neben sich duldet.

Vertrauensvotum für Poincaré.

Paris, 23. November. (Eca.) Zu Beginn der heutigen Interpellationsdebatte über die auswärtige Politik erklärte Ministerpräsident Poincaré, er wolle das am letzten Freitag der Kammer gegebene Versprechen einlösen, von den Ereignissen zu sprechen, die sich im Laufe der letzten Woche zugetragen hätten.

An der Ruhr habe sich die Lage nicht geändert. Im belgischen Parlament habe Jaspar ausgezeichnete Resultate besprochen, die durch die Uebereinstimmung der beiden Regierungen erreicht worden seien. Die Eisenbahnregie habe 43 500 Eisenbahnarbeiter wieder eingestellt. Der Ministerpräsident spricht dann über die Frage der Wiederaufnahme der Arbeit in den Gruben und nennt die Zahlen der abgelieferten Holz- und Kohlenmengen und wendet sich alsdann dem letzten Interpellanten, Marc Sangnier, zu. „Marc Sangnier," sagt er, „sprach davon, daß es in Deutschland zahlreiche junge Leute gäbe, die geneigt wären, für die Wiedergutmachung zu arbeiten. Habe die Tatsache, sagt Poincaré, daß ein oder zwei Schreiben dieser Art den Himmel durchkreuzten, in Herrn Marc Sangnier Gefühle erweckt, die in seiner Frühlingsseele wiederklingen? Die Tatsache, daß die Arbeiter des Industriemagnaten

Stinnes, der einmal vor den Alliierten eine hochmütige Sprache führte,

sich dazu drängen, wiedereingestellt zu werden, hatte trotz allem ihre Bedeutung. Poincaré führte dann weiter aus, daß von den Einnahmen aus der Ruhrbesetzung zunächst die Besatzungskosten abgezogen werden würden, aber alsdann die Einnahmen in den gemeinschaftlichen Reparationsfonds fließen würden. Stresemann habe also die Wahrheit in seiner gestrigen Rede entstellt, wenn er Frankreich entgegengesetzte Absichten unterschiebe. Auf diese Weise rufe man keine neue Konstellation hervor. Die Rückkehr des Exkronprinzen sei eine Provokation, die alle Alliierten angehe. Er erinnere an die Versailler Klausel über die Auslieferung der Kriegsschuldigen und an die Leipziger Gerichtsverhandlungen. Es wäre eine unerträgliche Drohung für den Frieden Europas, wenn

die Sädetrasser der Hohenzollern-Dynastie

wieder auf den Thron kämen. (Ein Kommunist ruft: „Wie wäre es denn mit den Wittelsbachern?")

Poincaré erwidert: Europa werde heute abend wissen, daß das französische Volk einmütig sei. — In den Friedensverhandlungen habe Frankreich versichert, daß es kein Verlangen nach dem Besitz des linken Rheinufers habe. Die Anregungen Frankreichs hätten damals gewisse Einwände bei den Alliierten hervorgerufen und damals habe England dann von einer solidarischen Verteidigung gesprochen. Poincaré bittet, sich an dieses Wort „solidarische Verteidigung" zu erinnern. Nach und nach seien dann die Alliierten zu denjenigen Maßnahmen gelangt, die heute im Friedensvertrag stehen: Aufhebung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland, provisorische Kontrolle, provisorische Besetzung der Brückenköpfe und das Recht auf diese Besetzung, wenn die Reparationskommission feststelle, daß Deutschland seine Verpflichtungen nicht halte. Aber der Kernpunkt sei

der doppelte Garantievertrag mit England und den Vereinigten Staaten.

Poincaré schildert die damaligen Verhandlungen in der Entente, insbesondere die Forderungen des damaligen französischen Regierungskommissars Tardieu. Dieser will eine Zwischenrede halten. Poincaré verweist es ihm mit der Begründung, daß Tardieu nur Verwirrung stiften wolle. Poincaré stellt dann fest, daß der Garantievertrag mit den Vereinigten Staaten nicht angenommen wurde und daß England ebenfalls, als Frankreich es über die Streitkräfte befragte, die Frankreich zu Hilfe kommen könnten, keine genaue Auskunft gegeben habe, selbst nicht in Cannes, wo Lloyd George einen neuen Garantievertrag anbot. Briand ruft dazwischen, daß nicht Lloyd George es gewesen sei, der einen neuen Vertrag vorgeschlagen habe. Lloyd George liege genau soviel wie Poincaré an der Sicherheit Frankreichs.

Nachdem Poincaré

die Vertrauensfrage gestellt

hatte, stimmte die Kammer über die verschiedenen Tagesordnungen ab, die vorlagen. Die Regierung hatte sich für die Tagesordnung des Abg. Habert entschieden. Die Priorität für diese Tagesordnung wurde mit 505 gegen 70 Stimmen und alsdann ihr erster Teil, der das Verhalten der französischen Regierung bei den Verhandlungen der Botschafterkonferenz autheißt, mit 526 gegen 15 Stimmen angenommen, der zweite Teil, der der Regierung das Vertrauen ausspricht, wurde mit 500 gegen 70 Stimmen angenommen.

Einigung mit der Micum?

Essen, 23. November. (TU.) Nachdem die politischen Fragen, an denen bekanntlich die Verhandlungen zwischen dem Bergbaulichen Verein und der Micum gescheitert waren, eine erträgliche Lösung gefunden hatten, ist heute der Mantteltarif unterzeichnet worden. Im Rahmen dieses Vertrages werden, wie die „Deutsche Bergwerkszeitung" erfährt, in den nächsten 14 Tagen die einzelnen Werke ihre Handelsabkommen zu treffen haben.

Der Fall Zeigner.

Dresden, 23. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Staatskanzlei erklärt zu den Berichten über die Unterredung des Justizministers Neu mit bürgerlichen Journalisten: „Die Berichte sind geeignet, den Anschein zu erwecken, als ob Justizminister Neu die Beschuldigungen gegen Dr. Zeigner in wesentlichen Teilen als erwiesen ansehe. Das ist falsch. Der Justizminister muß selbstverständlich entschieden ablehnen, irgendein Urteil über die Stichhaltigkeit dieser Beschuldigungen abzugeben und damit der Entscheidung des Gerichts vorzugreifen. Er hat den drei Herren (bürgerlichen Journalisten) lediglich bestätigt, daß gegen Dr. Zeigner die genannten Beschuldigungen erhoben werden, aber kein Urteil darüber gefällt, was davon als erwiesen anzusehen sei. Darüber kann nur die Hauptverhandlung vor dem Gericht selber Feststellungen treffen. Vorerst ist scharf zu betonen, daß es sich lediglich um einige Behauptungen von Personen handelt, deren Glaubwürdigkeit erst geprüft werden muß. Des weiteren hat der Justizminister nicht erklärt, daß der ehemalige Ministerpräsident Buck von Dr. Zeigner nie viel gehalten habe. Der Justizminister hat lediglich gesagt, daß der ehemalige Ministerpräsident Buck wegen der verhältnismäßig jugendlichen Persönlichkeit Dr. Zeigners Bedenken gegen seine Berufung gehabt und sie erst vorgenommen habe, als die übrigen von ihm befragten Herren die Annahme des Justizministerpostens abgelehnt hatten."

Dr. Brauns und der Föderalismus.

Der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns schreibt uns:

„Unter der Ueberschrift: „Der Föderalismus marschiert, und der Arbeitsminister mit" berichtete der „Vorwärts" vom 23. November 1923 Nr. 278 über eine Rede des bayerischen Abgeordneten Schäffer, die mir u. a. folgende Aeußerung in den Mund gelegt haben soll: „..... Heute sehe ich ein, daß der Zentralismus das Verderben Deutschlands ist und daß Weimar Deutschland ins Unglück bringt."

Derartiger Ausdrücke habe ich mich in der angezogenen Unterredung mit dem Abg. Held, auf die sich Herr Schäffer berufen hat, nicht bedient. Ich habe lediglich anerkannt, daß eine Revision gewisser Bestimmungen der Weimarer Verfassung über das Verhältnis von Reich und Ländern aufeinander angebracht sei. Dabei habe ich mich im Einklang befunden und gehalten mit der Auffassung der Reichsregierung und mit dem bekannten Beschluß der Ministerkonferenz in der Reichskanzlei, die sich mit der Auseinandersetzung zwischen Reich und Bayern befaßt hat."

Der Journalist Walter Oehme ist aus der Schutzhaft entlassen worden, nachdem er dem Wehrkreiskommando die Erklärung abgegeben hatte, daß er in seiner Tätigkeit alles unterlassen werde, was gegen die Sicherheit und Ordnung im Reich verstößt.

Gewerkschaftsbewegung

Der Kampf um die Goldlöhne.

„Die Zeit der Inflation hat unser Volk verwöhnt," sagte am Donnerstag im Reichstag Herr Dr. Luther, Finanzminister im Kabinett Stresemann. Wenn Herr Dr. Luther unter „Volk" die Schieber im großen und im kleinen, die Schwerindustriellen, Großhändler, Bankbesitzer und Spekulanten versteht, dann hat er zweifellos recht. Da man aber im deutschen Sprachgebrauch unter „Volk" die große Masse der Arbeitenden versteht, nimmt sich die Bemerkung dieses Bürgermeisters z. B. der Kruppschen Metropole wie eine Verkehrung der bekanntesten Tatsachen aus. Aber Herr Dr. Luther steht offenbar mit dieser Ansicht nicht allein. Auch sein Kollege im Reichsarbeitsministerium teilt diese Meinung, nachdem er eine Zeitlang die entgegengesetzte Meinung zu vertreten schien. Und die Unternehmer vollends bemühen sich gegenwärtig, den Arbeitern das Essen abzugewöhnen. Auch sie sind der Ansicht, daß die Arbeiter im Zeichen der Papiermark „verwöhnt" wurden und deshalb bei der Umstellung auf „Goldlöhnung" kürzer gehalten werden müßten. Das Kabinett Stresemann gab ihnen dazu das Beispiel. Es hatte den traurigen Mut, den Arbeitern im Reich, Staat und den Gemeinden sogenannte Goldlöhne von 20 bis 29 Pf. die Stunde anzubieten.

Es ist einmal Zeit, über den unverschämten Schwindel, der mit den angeblichen Goldlöhnen von den Unternehmern getrieben wird, ein klares Wort zu sagen.

Die Unternehmer stellen es immer so hin, als wäre eine „Goldmark" gleich einer Goldmark vor dem Kriege, d. h. als bekäme man heute in Deutschland für eine Goldrechnungsmark oder eine Mark in sogenannten wertbeständigen Zahlungsmitteln ebensoviel wie etwa im Juli 1914. Niemand weiß besser als die Unternehmer, daß diese Behauptung bewußt falsch ist. Wenn auch die vom Reichsstatistischen Amte herausgegebene Indexziffer der Lebenshaltungskosten immer noch in Papiermark berechnet wird, wodurch sie heute so gut wie wertlos geworden ist, so ergibt sich an der Hand der Großhandelspreise, die gleichfalls vom Reichsstatistischen Amt ermittelt und in Goldmark veröffentlicht werden, daß die Steigerung in Gold seit Juli 1914 41,3 Proz. beträgt. Da aber zwischen Großhandel und Kleinhandel noch eine Spanne besteht, die gegenwärtig, wo noch mit Papiermark bezahlt wird, bedeutend größer als gewöhnlich ist, kann man die wirkliche Steigerung der Lebenshaltungskosten in Gold auf mindestens 60 Proz. annehmen, d. h., wenn ein Arbeiter im Frieden 80 Pf. die Stunde als Lohn erhielt, müßte er, um seinen Friedenslohn zu bekommen, 128 Pf. in Gold gerechnet erhalten. Dabei stellen wir noch gar nicht den Entwertungsfaktor, die sogenannte Risikoprämie, in Rechnung, die alle Unternehmer für sich in Anspruch nehmen.

Nun weigern sich die Unternehmer unter allerlei Scheingründen, nicht allein den Friedensnominallohn zu zahlen, sie behaupten sogar, daß die Arbeiter und Angestellten mit Löhnen, die 30 und 40 Proz. unter der Nominallöhnen im Frieden und somit 50 bis 70 Proz. unter den Reallöhnen liegen, leben könnten. Die Metallindustriellen Berlins gehen sogar so weit, daß sie jede Goldmarkrechnung rundweg ablehnen. Sie wollen nur in Rentenmark zahlen, obwohl sie selbst selbstverständlich nur in Goldmark rechnen und bezahlt werden. Es liegt auf der Hand, was die Metallindustriellen dabei im Schilde führen. Sie wollen mit der Rentenmark dasselbe Trauerspiel wie mit der Papiermark aufführen. Sie wollen sich und ihre Betriebe nicht umstellen. Sie wollen weiter spekulieren. Die deutsche Wirtschaft ist noch nicht genug auf den Hund gekommen.

Heute ist nur eines noch möglich, um unsere Wirtschaft aus der Verelendung herauszuführen: Klare Goldmarkrechnung überall, und das auf Grund nicht etwa fiktiver Nominallöhne, sondern der realen Lebenshaltungskosten in Gold.

*

Nach Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen wird der Lohn der Reichsarbeiter von der nächsten Woche ab auf Grund eines auf Goldmark abgestellten Tarifes ausgezahlt werden. Dieser Tarif ist nach Wirtschaftsgebieten und Lohngruppen abgestellt. Die Stundenlöhne bewegen sich in der Ortsklasse A ohne Ortslohnzulage zwischen 25 und 56 Pf. Für Frauen und jedes Kind werden je 3 Pf. für die Stunde als Zuschlag gezahlt. Die Verhandlungen über die Umstellung der Beamtengehälter auf Goldmark finden voraussichtlich in der nächsten Woche statt. Die Lohnmeßzahl für die laufende Woche beträgt für die Arbeiter 700 Millionen, die Gehaltsmeßzahl für die Beamten und Angestellten für das vierte Novemberviertel 140 Millionen. Bei den Nachzahlungen wird der wertbeständig gezahlte Teil durch Abzüge berücksichtigt.

An die Arbeiterschaft Groß-Berlins!

Für die am Buchdruckerstreik beteiligten und ausgesperrten Mitglieder der graphischen Organisationen werden zu deren Unterstützung im Einverständnis mit der Berliner Gewerkschaftskommission Sammellisten herausgegeben. Listen sind im Bureau des Vereins Berliner Buchdrucker, Engelufer 24/25, Zimmer 20, zu haben, und zwar in der Zeit von 9—1 Uhr vormittags und Mittwoch und Freitag von 4—6 Uhr nachmittags.

Das Graphische Kartell.

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.

Die wochentäglichen Unterstützungssätze für Erwerbslose betragen für die Zeit vom 19. bis 24. November in Ortsklasse A für Männer über 21 Jahre 780, unter 21 Jahren 470, für Frauen über 21 Jahre 620, unter 21 Jahren 360, als Familienzuschläge für den Ehegatten 200, für jedes Kind und jeden unterstützungsberechtigten Angehörigen 150 Milliarden Mark. In Ortsklasse B sind für die gleichen Gruppen zu zahlen: 730, 440, 580, 340, 190, 140, in Ortsklasse C 680, 410, 540, 320, 180, 130; in den Ortsklassen D und E 630, 380, 500, 300, 170, 120. Die Familienzuschläge dürfen insgesamt den einfachen Hauptunterstützungssatz, die Summe der selbständigen Unterstützungen in einem gemeinschaftlichen Haushalte das Doppelte der Unterstützung des höchstunterstützten Familienmitgliedes nicht übersteigen.

Lohnstreit in der Berliner Metallindustrie.

Wie wir an dieser Stelle schon bekanntgegeben haben, finden am Sonnabend vor dem Reichsarbeitsministerium die Verhandlungen über Löhnungsart und Tariflohn für die Zeit vom 12. bis 18. November statt. Am Freitag verhandelten die Parteien über den Lohn für die Zeit vom 19. bis 25. November. Eine Vereinbarung wurde nicht erzielt. Aus diesem Grunde wird in der heutigen Verhandlung der Lohn für diese Woche ebenfalls mitgeregelt. Am Dienstag, den 27. November, wird ein Vorschuß gezahlt für Arbeiter über 21 Jahre von 5 Billionen Mark, Arbeiter von 18—21 Jahre und Arbeiterinnen über 18 Jahre erhalten 3 Billionen Vorschuß, Jugendliche von 16—18 Jahre 1 Billion, von 14—16 Jahre 0,5 Billionen. Das Brotgeld wird weiter gezahlt.

Lohnregelung im Buchdruckgewerbe.

Ein vom Reichsarbeitsministerium eingesetzter Schlichtungsausschuß fällte in dem seit einer Woche schwebenden Lohnstreit im Buchdruckgewerbe am 22. November nach schwierigen Verhandlungen folgenden Schiedsspruch:

Der Spitzenlohn für die Lohnwoche vom 10. bis einschließlich 16. November 1923 beträgt 25 Goldmark und für die Zeit vom 17. November bis einschließlich 31. Dezember 1923 27 Goldmark. Verheiratete Gehilfen der Klasse B erhalten 10 Proz., unverheiratete Gehilfen der Klasse A erhalten 20 Proz., Ausgelernte 40 Proz. weniger, als der Tariflohn für die verheirateten Gehilfen der Klasse C beträgt. Ledige Gehilfen erhalten 10 Proz. weniger als die verheirateten Gehilfen ihrer Altersklasse. Hilfsarbeiterinnen mit Ausnahme der Anlegerinnen erhalten im Alter von 17 bis 19 Jahren 40 Proz. der Klasse A, im Alter von 19 bis 21 Jahren 45 Proz. der Klasse B, im Alter von mehr als 21 Jahren 50 Proz. der Klasse C des im Lohntarif des Deutschen Buchdruckertarifs für ledige Gehilfen jeweilig festgesetzten Tariflohnes.

Die Zahlung hat grundsätzlich in goldwertigen Zahlungsmitteln zu erfolgen. Soweit solche noch nicht zur Verfügung stehen, kann in Papiermark gezahlt werden. Die Verrechnung der Goldmark in Papiermark geschieht nach dem amtlichen Berliner Dollar-Mittelkurs. Solange und soweit nicht in Goldmark gezahlt wird, erfolgt künftig eine Abschlagszahlung am Mittwoch jeder Lohnwoche, die umgerechnet wird in Goldmark zu dem zur Zeit der Auszahlung gültigen Kurse. Die Schlußabrechnung erfolgt künftig am Sonnabend jeder Lohnwoche zum Kurse des Vortages. Die Abschlagszahlung beträgt rund 80 Proz. des verdienten Lohnes der ersten drei Tage der Lohnwoche. Für Groß-Berlin gilt vorstehende Regelung erst vom 17. November 1923 an. Jede Partei ist berechtigt, eine Abänderung der Regelung zu verlangen, wenn eine erhebliche Veränderung der wirtschaftlichen, gewerblichen und Währungsverhältnisse eintritt. Die Regelung der Lohnverhältnisse der männlichen Hilfsarbeiter und der Anlegerinnen bleibt einem besonderen Verfahren vorbehalten.

Das Partei-Notopfer für Berlin

wird zum Kampf gegen die politischen Meuchelmörder von rechts, wie zur Abwehr der gesamten Reaktion überhaupt, dringend gebraucht. — Die Kassen der Verschwörer werden aus großkapitalistischen und agrarischen Quellen reichlich gespeist. — Unsere Kassen müssen daher auch gestärkt werden.

Geldsendungen für den Kampffonds überweise man auf Postscheckkonto 43743 an Alex Pagels, Berlin SW 68, Lindenstr. 3.

Erwerbslosenversammlung.

Die arbeitslosen Genossinnen und Genossen der VSPD. versammelten sich in den gestrigen Nachmittagsstunden zahlreich im Gewerkschaftshaus, um ein Referat des Reichstagsabgeordneten Genossen Aufhäuser über die politische und wirtschaftliche Gegenrevolution entgegenzunehmen. Genosse Aufhäuser führte etwa folgendes aus:

Wir leben in einer Zeit des Massenelends, das noch nie so groß war, wie gerade jetzt. Jeglicher Schutz gegen Hunger und Kälte fehlt und die Bekleidungsmöglichkeiten breitester Bevölkerungskreise sind außerordentlich gering. Was wir heute sehen, ist ein Werk des Kapitalismus, der sich sonst als kulturfördernd hinstellt. Als der Krieg zu Ende war, wurde allenthalben die Meinung von einem Einsetzen einer Hochkonjunktur laut. Es wurde auch produziert, aber nicht das geschaffen, was nach dem Kriege sich als nötig herausstellte. Die Besitzer der Produktionsmittel waren vielmehr lediglich darauf bedacht, Valutageschäfte zu machen und große Gewinne einzuheimsen. Der große Ausverkauf begann. Nachdem alles verschoben war, wurde der bekannte Ruf laut: „Mehr Arbeit!" Auch die Währungsfrage behandelte der Redner. Nicht nur der verlorene Krieg ist schuld an unseren schlechten Währungsverhältnissen, sondern auch die deutschen Spekulanten, die es verstanden haben, ihr Kapital im Auslande sicher anzulegen.

Nachdem der Redner die Frage des geplanten Arbeitszeitgesetzes sowie die augenblickliche Lage im Ruhrgebiet und die Herrschaft der Militärdiktatur behandelt hatte, verurteilte er unter Zustimmung der Versammelten das Verbot der Kommunistischen Partei.

In der Diskussion teilte u. a. Krause als Mitglied der Gewerkschaftskommission mit, daß zwischen dem Wohlfahrtsminister Hirtsiefer und Vertretern der Berliner Gewerkschaftskommission und des Magistrats eine Unterredung stattgefunden habe, die sich mit den Erwerbslosen beschäftigte. Der Minister versprach hierbei, sein Möglichstes für die Erwerbslosen zu tun, um deren Not zu lindern. Nachdem die Anwesenden die Spende von Parteigenossen, für jeden einzelnen ein bzw. zwei Brote, erhalten hatten, ging die Versammlung ihrem Ende entgegen.

Für die kaufmännischen Angestellten.

Im Papier- und Pappengroßhandel sind sofort weitere 25 Oktobergehälter bis spätestens 24. d. M. zu zahlen, so daß für diese Woche insgesamt 37 Oktobergehälter zur Auszahlung zu bringen waren. Im Buchdruckereigewerbe waren die vor dem Schlichtungsausschuß mit dem Arbeitgeberverband geführten Verhandlungen ohne Erfolg. Es wurde daher von dem Arbeitgeberverband Anweisung gegeben, daß sofort weitere 15 Oktobergehälter a conto November zur Auszahlung gelangen sollen. Im übrigen finden am Montag, den 26. d. M., Verhandlungen vor dem Demobilmachungskommissar statt. Die Schlüsselzahl in der Margarineindustrie ist am 22. November auf 815,5 Milliarden festgesetzt worden. In der Brauindustrie werden am 23. d. M. weitere 45 Oktobergehälter a conto ausgezahlt; ein Drittel hat in wertbeständigen Zahlungsmitteln zu erfolgen. In der Chirurgie-Mechanik sind gemäß Anweisung des Arbeitgeberverbandes am Sonnabend, den 24. November 1923, als Vorschuß weitere 8750 Septembergehälter zu zahlen, abzüglich des Brotgeldvorschusses vom 15. und 17. November. Bis zu 30 Proz. der sich ergebenden Summen sollen nach Möglichkeit wertbeständig ausgezahlt werden. In der Briefumschlagbranche wurde nach gescheiterten Verhandlungen betreffend Festsetzung der Goldmarklöhne für den Monat November und Anrufung des Schlichtungsausschusses vereinbart, daß bis spätestens den 24. November das 25fache Oktobergehalt zur Auszahlung gelangen soll. Im Kohlengroßhandel sind am Freitag, den 23. November, 24 Oktobergehälter zu zahlen.

Der Stundenlohn für Maler in der Woche vom 17. bis 23. November beträgt für Groß-Berlin 550 Milliarden. Ab 24 November bis 7. Dezember ist die Goldlohnberechnung eingeführt, und zwar für Berlin 70 Pf pro geleistete Arbeitsstunde. Berechnungsstichtag ist Donnerstag, Zahltag Freitag jeder Woche. 80 Proz. des verdienten Lohnes sind am Freitag jeder Woche zu zahlen. Bei Restzahlung gilt der Dollarmittelkurs des Vortages der Zahlung.

Für die Glaser ist die Lohnfrage bis mit 6. Dezember geregelt. Vom 15. November werden pro Stunde 63 Goldpfennige gezahlt. Am Freitag ist Lohnzahlung und wird zur Verrechnung der Kurs vom Mittwoch angenommen. Vorschußzahlung am Dienstag zum Dienstagkurs. Hilfsarbeiter erhalten für die Zeit vom 15. bis 22. November in der Höchststaffel 550 Milliarden pro Stunde.

Die Lohnverhandlungen in der Lederwarenindustrie haben zu keinem Ergebnis geführt, da die Unternehmer bei ihrem Angebot von 40 Pf. stehen blieben. Sie erklärten sich nur bereit, einen Entwertungszuschlag von 20 Proz. zu zahlen, sobald der Lohn in Papiermark ausgezahlt wird. Dies lehnte die Kommission ab. Der Schlichtungsausschuß ist angerufen worden. Ueber das Ergebnis wird am Mittwoch bei Böker berichtet. Der Beitrag beträgt diese Woche für Facharbeiter 480 Milliarden, andere Gruppen entsprechend.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter. Achtung, ausgesperrte Buchbinder aus den Buchdruckereien! Heute Abholung der Brotmarken.

Die Ortsverwaltung.

Verein Berliner Buchdruck-Maschinenmeister. Sonntag vormittag 9½ Uhr außerordentliche Generalversammlung im Berliner Klubhaus, Ohmstraße 2.

Wirtschaft

Ausdehnung der Arbeiterbanken.

Die Gründung von Arbeiterbanken in den Vereinigten Staaten und außerhalb dieser auch in anderen Ländern des amerikanischen Kontinents, wie Chile und Mexiko, schreitet vorwärts. Der konservative Gewerkschaftsbund von Gompers verweigert dieser Bewegung seine Unterstützung. Auch stehen oft radikale Gewerkschaftsleute den Arbeiterbanken ablehnend gegenüber, da sie in diesen ein Hindernis für die künftige Sozialisierung des Kreditwesens erblicken. Trotz allem schreitet die Begründung von Arbeiterbanken unbehindert vorwärts. Dabei werden vorerst noch nicht sehr weitgehende Ziele gesteckt. Einstweilen kann man wohl noch nicht daran denken, daß die Arbeiterschaft durch Beherrschung des Kreditapparates die Kontrolle der Produktion erringen kann. Dazu sind die Arbeiterbanken noch zu jung. Dagegen stellen sie eine mächtige Waffe im Streikkampf dar. Die Gewerkschaft der Bekleidungsindustriearbeiter, eine der radikalsten Organisationen, die einzige, die in der letzten Zeit einen durchaus erfolgreichen Streik durchzuführen vermochte, steht an der Spitze der Bewegung zur Gründung von Arbeiterbanken. Dem angelegten Kapital nach sind die Banken der Maschinisten und der Lokomotivführer die größten, die der letzteren verfügt über ein Kapital von 24 Millionen Dollar. Gegenwärtig bestehen 15 Arbeiterbanken mit einem Kapital von über 44 Millionen Dollar und weitere 28 sind im Entstehen begriffen. Demnächst soll die Bank der Bergarbeiter unter dem Vorsitz des Präsidenten des Bergarbeiterverbandes John E. Lewis in Indianopolis mit einem Aktienkapital von einer Million Dollar ihre Tätigkeit beginnen. Sieben andere stehen ebenfalls vor der Eröffnung und zwanzig weitere werden bis Ende des nächsten Jahres ihre Arbeit aufnehmen. In zwei kapitalistischen Großbanken von New York und Washington (Empire Trust Company und National Bank of Washington) besitzen die Maschinenarbeiter, beziehungsweise die Maschinisten 83, beziehungsweise 40 Prozent der Aktien. Die Bank der Bekleidungsarbeiter ist in Verbindung mit der Industriebank in Moskau.

Die amerikanischen Gründungen haben in verschiedenen Ländern zur Nachahmung angeregt. In Chile wurde eine ganze Anzahl von Arbeiterbanken gegründet, in Palästina eine Arbeiterbank mit einem Kapital von anderthalb Millionen Dollar, und mehrere in Mexiko.

In Deutschland haben die Spitzengewerkschaften, ADGB. und Afa, einen Versuch zur Bildung einer Arbeiterbank gemacht; trotz der Ungunst der Verhältnisse erweist sich dieser Versuch als entwicklungsfähig. Man kann sogar hoffen, daß eine deutsche Arbeiterbank, wenn sich die Verhältnisse erst stabilisiert haben, mit noch größerer Erfolgsmöglichkeit arbeiten wird, als selbst die amerikanischen Arbeiterbanken, weil der organisatorische Unterbau, die Gewerkschaften, bei uns straffer organisiert ist als die amerikanischen Gewerkschaftsverbände, die in viele Richtungen zersplittert sind.

Reichsbahn und Bayerns Wasserkraftwerke.

Die seit langer Zeit geplante Beteiligung der Deutschen Reichsbahn an den bayerischen Großwasserkraftwerken — die Aktiengesellschaft Walchenseewerk und Mittlere Isar — soll nunmehr durchgeführt werden, nachdem die Verhandlungen am 19. November zum Abschluß gekommen sind. Das gesamte Ergebnis der gepflogenen Verhandlungen läßt sich dahin zusammenfassen, daß die Reichsbahn als teilweises Entgelt für die zu liefernde elektrische Kraft die Verzinsung und Tilgung des Bauaufwandes für den ihren Zwecken dienenden Teil der Anlagen der beiden Werke übernimmt und für den Ausbau der Anlage der Gesellschaft ein Darlehn im Betrage von 17,5 Millionen Goldmark gewährt. Ihrem Wunsch nach Beteiligung an der Gesellschaft wird in der Form Rechnung getragen, daß das Grundkapital des Walchenseewerkes von 1,6 Milliarden um 200 Millionen und das Grundkapital der Mittleren Isar von 800 Millionen um 100 Millionen durch Ausgabe neuer Aktien erhöht wird, die der Reichsbahn überlassen werden. Diese hat somit jeweils ein Neuntel der Aktien der bayerischen Großwasserkraftwerke in der Hand.

Das Verhältnis soll bei künftigen Erhöhungen des Grundkapitals stets konstant bleiben. Zur Genehmigung dieser Vereinbarung, der zweifellos auch politische Bedeutung zukommt, hat die bayerische Regierung dem Landtag einen entsprechenden Gesetzentwurf unterbreitet.

Der Stand der schwebenden Schuld an diskontierten Schatzanweisungen betrug am 31. Oktober 6,90 Trillionen Mark, am 10. November 63,18 Trillionen Mark. Der Zuwachs beläuft sich also auf 56,28 Trillionen Mark. Der Dollarkurs stieg in derselben Zeit um das Neunfache. Der Zuwachs beläuft sich ebenfalls auf ungefähr das Neunfache. Der Hauptteil der Ausgaben entfällt wiederum auf Rhein und Ruhr und auf die Fürsorge für die Erwerbslosen, deren Zahl von Tag zu Tag zunimmt.

Der Rückgang der Kapitalsakkumulation in der Schweiz. Die wirtschaftliche Entwicklung in der Schweiz befindet sich auf dem absteigenden Ast. Die Aktiengesellschaften wiesen im Jahre 1922 eine negative Kapitalentwicklung auf. Die Gesamtkapitalien verminderten sich in diesem Jahre um fünf Millionen Franken. Neue Gründungen und Kapitalerhöhungen der bestehenden Aktiengesellschaften erfolgten in diesem Jahre nur in geringem Maß. Dagegen erfolgten Kapitalverminderungen und Betriebsauflösungen in stärkerem Maße als vor einem Jahre. Am stärksten war die Kapitalabnahme in der Automobilindustrie, in den Lagerhäusern, der Spedition und der Schuhindustrie. Auch scheint die Schweiz ihre begünstigende Stellung auf dem internationalen Geldmarkt einzubüßen, worauf die starke Kapitalabnahme der Holdingsgesellschaften — internationale Organisationen für fremde Aktiengesellschaften — hinweist.

Die Neuorganisierung der englischen Textilindustrie. Die englische Textilindustrie wird von einer fürchterlichen Krise heimgesucht. Die Ausfuhrziffern in dieser auf Export angewiesenen Industrie sind äußerst ungünstig. 1913 betrug die Ausfuhr von Baumwollstoffen in den ersten neun Monaten 5,5 Milliarden Yards, 1923 dagegen nur 3 Milliarden. Die Ausfuhr der minderen Qualitäten ging ganz besonders zurück. Die Arbeiter sind zu 50 Proz. auf Kurzarbeit gestellt. Diese Lage gibt den englischen Baumwollindustriellen den Anlaß, die Neuorganisierung der Industrie durch Zusammenschluß der Betriebe zum gemeinsamen An- und Verkauf zu erörtern. Die belgische Organisationsform soll als Muster dienen. Dort besteht eine solche Organisation seit 1919 und hat gute Erfolge gezeitigt. Die belgische Organisation genannt „La Textile", hat die Wiederherstellung der Baumwollindustrie gleich nach dem Waffenstillstand in Angriff genommen. Sie sammelte für die angeschlossenen Betriebe die Aufträge, leitete die Rohstoffe und die notwendigen Einrichtungen und sorgte für Kredite mit dem Erfolg, daß ein Jahr nach dem Waffenstillstand bereits 80 Proz. der belgischen Spindeln in Betrieb gesetzt werden konnten. Auch hat die Organisation die Verkäufe der Waren besorgt und die Aufträge unter den angeschlossenen Mitgliedern verteilt. Dadurch konnten sich die Betriebe auf die Herstellung gewisser Produkte spezialisieren. „La Textile" will nun ihre Organisation auch für den Verkauf nach dem Ausland ausdehnen. Die Entscheidung der englischen Textilindustrie für die Nachahmung des belgischen Beispiels wurde noch nicht getroffen.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Artur Saternus; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: Dr. John Schikowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Hierzu 1 Beilage.

Armut und Reichtum.

Eine Anregung.

Zu oft ist das Klagelied über das Mißverhältnis zwischen Einnahmen und notwendigsten Ausgaben angestimmt worden, als daß es notwendig wäre, noch einmal die dunklen Schatten zu beschwören, die auf dem Leben des deutschen Volkes lasten. Das eine ist sicher: weite Kreise des Volkes fühlen sich elend, und diese Kreise erstrecken sich weit in die sogenannten besseren Stände hinein, wo Geistesarbeiter, Künstler, Witwen und Hochbetagte sich mit einem Existenzminimum begnügen müssen, das nicht mehr überschritten werden kann. Der Arbeiter kann auch nur das nackte Leben fristen, und die Arbeitslosigkeit liefert ihn schließlich ganz dem Elend aus.

Der Landmann . . .

Einen Stand gibt es, dem diese Lebensnöte — man kann wohl sagen — völlig unbekannt sind. Der Landmann, mag er großen oder kleinen Besitz haben, spürt nicht den Hunger nach einem richtigen Sattwerden, der den unbemittelten Städter ständig plagt. Wer Gelegenheit gehabt hat, verschiedene Teile des Landes in diesem Sommer aufzusuchen, weiß, daß der für den Erholungsbedürftigen nachteilige regnerische und kalte Sommer **die Ernte des Landmanns, weniger die des Gemüsezüchters, begünstigt** hat. Man bäckt seit dem Fortfall der Brotkarte **auf dem Lande ein so weißes Brot, daß es wie Kuchen schmeckt.** Die Roggenernte langt dazu; sie gestattet ein Ausmahlen von nur 60 Proz., das Uebrige kommt, da Futtermittel naturgemäß wegen mangelnder Einfuhr knapp sind, als Kleie dem Weh zugute. Die Heuernte — erster und zweiter Schnitt — hat überreichen Ertrag gegeben: Allenthalben türmen sich Mieten auf, da der Heuboden die Menge des Geernteten nicht fassen kann. Rüben und sonstige Hackfrüchte haben gut gelohnt — die Kartoffeln sind in den meisten Gegenden auch noch gut geworden. Die Aufzucht der Jungtiere ist ohne Störungen verlaufen; **die Ferkel werden mit der abgerahmten Milch im Wachstum gefördert.** Die Zeiten sind eben vorüber, wo der Bauer sich mit Margarine behalf, um die Butter dem Städter zu verkaufen — jetzt ißt er die Butter, gibt die Restmilch, wie gesagt, dem Vieh und überläßt es dem Städter, auf die Stärkung des Körpers durch Fettgenuß zu verzichten.

Gewiß hat auch der Landmann seine Sorgen. Die Steuern haben durch seinen Finanzplan einen dicken Strich gemacht; das aufgespeicherte Geld ist abgewandert, und wo es nicht da war, hat der Verkauf von Ernte die nötigen Mittel schaffen müssen. Aber die Substanz ist doch im großen ganzen intakt geblieben und gewährt die Zuversicht, daß auch die Zukunft sich ertragen lassen wird.

. . . und die anderen.

Wie anders mit den Menschen, die das Geld unter ihren Händen schwinden sehen, ohne etwas dagegen tun zu können — müssen sie nicht in dumpfer Verzweiflung dahinleben, ängstlich Hab und Gut betrachten, ob dies und jenes noch verwendbar oder gar als überflüssig verkaufsfähig sein kann? Wie wird denen, die im **wahren Sinne des Wortes von der Hand in den Mund leben,** das Weihnachtsfest, das Fest der Liebe, erscheinen? Sollte es nicht möglich sein, einen Strahl bescheidenen Glückes in die düsteren Räume zu senden? Hilfe vom Ausland haben wir nicht zu erwarten — die einen sehen mit Schadenfreude, die anderen mit Gleichgültigkeit unserem Versinken in immer größeres Elend zu. Also heißt es, sich selbst helfen, selber Wohltaten erweisen. Wie wäre es, wenn nun auch einmal **aus dem Kreise der Landwirte heraus der Gedanke sich losränge: Weihnachten naht heran, in den Städten gibt es Tausende von Männern, Frauen und Kindern, die weniger als das Nötigste zum Leben haben.**

*

Ein solcher Appell an den anständig denkenden Teil der Landwirte darf nicht politisch gewertet werden — denken wir uns ein Deutschland, das wie Japan von einer Naturkatastrophe heimgesucht wäre — niemand würde da fragen: steht jener Ertrinkende oder Verschüttete rechts oder links, ist er Protestant oder Katholik, Jude oder Heide — er ist ein Mensch, der zu retten ist. . . . .

Darum, frisch ans Werk. Wenn Mehl und Eier, Wurst und Speck auf dem Weihnachtstisch der Aermsten erscheinen, wird manchem Stadtkinde Kunde von dem Landleben werden, von der Arbeit unter freiem Himmel, von jenen Mühen und Sorgen, von denen es heißt: Im Schweiße deines Angesichts sollst du dein Brot essen. Aber auch von dem Segen, der auf solcher Arbeit liegt, wird das Stadtkind erfahren.

Zersplitternde Wohlfahrtspflege.

Die öffentliche Wohlfahrtspflege am Individuum, die gesetzlich den unteren Verwaltungsbehörden obliegt, konzentriert sich in dem kommunalen Wohlfahrtsamt. Jedoch soviel Gesetze, soviel Behörden und Aemter: „Armenamt, Jugendamt, Kriegsfürsorgeamt, Gesundheitsamt, Sozialrentnerfürsorgestelle, Erwerbslosenfürsorgestelle, und wie diese Stätten sonst noch heißen mögen.“ Von welcher dieser vielen Stellen die Wohlfahrtspflege auch ausgeübt wird, so setzt sie zu einer wirksamen Betätigung die Individualisierung voraus, d. h. lebensvolle Beobachtung und Behandlung jedes einzelnen Fürsorgefalles vom Mensch zum Menschen.

In der ersten, zweiten, dritten und vierten Etage einer großstädtischen Verwaltung beschäftigen sich die Beamten mit der Arbeit am hilfsbedürftigen Individuum. Fünf bis sechs Stellen beobachten und betreuen eine Familie. Die Wohlfahrtspflege wird zur Wohlfahrtsplage. Feststellungen über Feststellungen werden mit dem Ergebnis getroffen, daß in diesem oder jenem Falle helfend eingeschritten werden muß. Aber wer hilft? Zuständigkeitsfragen verzögern die Hilfeleistung. Die Bestrebungen zur Einführung der Familienfürsorge sind nur zu begrüßen. Dieses Ziel, die Zusammenfassung aller auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege tätigen Außenorgane, kann jedoch nur als eine Halbheit bezeichnet werden, wenn es nicht gleichzeitig gelingt, auch die verwaltungsmäßige Bearbeitung möglichst zu vereinigen. Hand in Hand mit der Zusammenfassung der Außendienstorgane auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege muß auch die Zusammenfassung der Innenorgane gehen. Bestrebungen nach der Zusammenfassung der verschiedenen gesetzlichen Unterstützungen zu einer Unterstützung sind nicht neu. Jedoch ist dieses erstrebenswerte Ziel in absehbarer Zeit kaum zu erreichen. Darum soll man wenigstens versuchen, die Verwaltungsarbeit gleich der Außenarbeit möglichst zusammenzulegen. Warum soll nicht auch eine Verwaltungsstelle die Not einer Familie beseitigen können? Abgesehen von dem bedeutenden Fortschritt, der hierdurch in der praktischen Ausübung der Wohlfahrtspflege liegt, bedeutet diese Zusammenfassung eine Ersparnis in materieller Hinsicht. Warum sechs Aktenstücke über eine Familie, wenn ein Aktenstück auch genügt? Der Vorteil liegt auf der Hand und diese Forderung bedarf keiner näheren Begründung. Noch einige Worte zu dem Geist, der noch zum großen Teil in der Wohlfahrtspflege herrscht. — Die Bedenken, die gegen die behördliche Wohlfahrtspflege bestehen, sind teilweise nicht unberechtigt. Durch eine oder mehrere Verwaltungsprüfungen für jede Arbeit prädestiniert erfüllt der Beamte in jeder Stelle, wohin ihn seine vorgesetzte Behörde stellt, seine Pflicht. In der Wohlfahrtspflege kann für ihn bei der vorherrschenden Art der Bearbeitung der Fürsorgebedürftigen leider nur eine Aktennummer sein. Die Auswahl bei Besetzung der Beamtenstellen nach persönlicher Eignung und persönlichen Wünschen findet viel zu wenig Beachtung. Die Leitung der Wohlfahrts- und sonstigen Aemter allein macht wirklich nicht den Ton, die beste Leistung und die besten Gesetze vermögen nichts, wenn die ausführenden Organe ungeeignet sind. Es ist unsere Pflicht, den Menschen, die in Not sind, in einer Weise und durch Mittel zu helfen, die unserer selbst würdig sind. Kein verschämter Armer soll den Gang zum Wohlfahrtsamt als eine Demütigung oder Last empfinden. Jeder kann in Not geraten. Frei und offen sollen sie kommen, mit der Hoffnung im Herzen, dort, wohin sie gehen, Verständnis zu finden für ihr Leid. Vergessen wir nicht, daß auch sie Menschen sind, denen zu helfen uns nicht nur Pflicht, sondern Bedürfnis sein muß. Z.

Nachschrift der Redaktion: Soweit wir unterrichtet, sind in Berlin endlich Bestrebungen im Gange, eine Zusammenlegung des Fürsorgewesens durchzuführen. Die Meinungen darüber sind geteilt. Gewiß ist nicht von der Hand zu weisen, daß eine zu strenge Schablonisierung zu Unzuträglichkeiten führen kann. Es müßte ein Ausweg gefunden werden, der nicht nur im Interesse der Vereinfachung in der Verwaltung, sondern auch der Fürsorgebedürftigen liegt.

Die Zukunft der Straßenbahn.

Umsteigeverkehr zwischen Straßen-, Hochbahn und Omnibus?

Die augenblicklich bestehende Straßenbahn G. m. b. H. soll nach den seinerzeit getroffenen Bestimmungen mit dem Ablauf dieses Jahres erlöschen, und an ihre Stelle soll ein Gebilde treten, über das im Augenblick allerdings noch Unklarheit herrscht. Zusammen mit den anderen städtischen Werken bildete die Straßenbahn schon seit zwei Jahren den Gegenstand zahlloser Beratungen in Kommissionen und Ausschüssen. Die Frage ist, ob die Straßenbahn, bei der die wirtschaftlichen Verhältnisse ja noch schlechter liegen als bei den anderen Werken, durch Beschluß der Stadtverordneten eine gemischtwirtschaftliche Form, oder ob sie, wie die Gas- und Elektrizitätswerke, die Form der reinen Aktiengesellschaft erhalten wird.

In zuständigen städtischen Kreisen ist man der Ansicht, daß angesichts der unsicheren wirtschaftlichen Lage in diesem Winter der bisherige Verkehr der Straßenbahn fast unverändert aufrecht erhalten werden soll. An einen Ausbau des Verkehrs ist vorläufig nicht zu denken, wenn man von kleinen Verbesserungen absehen will. Das Ziel, das angestrebt wird, ist lediglich das eine, weitere Einschränkungen von Linien zu vermeiden. Inzwischen sind jedoch mit der Omnibusgesellschaft Verhandlungen aufgenommen worden, die darauf hinausgehen, einen Umsteigeverkehr zwischen Straßenbahn, Autobus und Hochbahn zu schaffen. Man hofft, daß im kommenden Frühjahr eine Verständigung dahin zustande kommt, daß mit einem Umsteigefahrschein jeder Fahrgast zwei der Berliner Verkehrsmittel zu benutzen vermag.

Schweinepreise in Hamburg und Berlin.

Auf dem Hamburger Viehhof waren am Freitag, den 23. November, zirka 3000 Schweine aufgetrieben. Der verlangte Preis von 74 Goldpfennigen für das Pfund Lebendgewicht ging auf 55 bis 56 Pfennige bei weiterbestandener Zahlung zurück. Da bekanntlich die Preise in Berlin bedeutend höher sind, dürfte, wie wir erfahren, von der Abteilung des Berliner Polizeipräsidiums im Einvernehmen mit der Notierungskommission auf eine Senkung der Preise hingewirkt werden.

Immer wieder Plünderungen.

Im Laufe des gestrigen Vormittags kam es wieder an verschiedenen Stellen der Stadt zu erheblichen Plünderungen. Dabei wurden besonders Bäckereien und Schlächtereien heimgesucht. In der Schlächterei von Lennig, Liegnitzer Straße 5, nahmen junge Leute etwa einen halben Zentner Schinken, in der Schlächterei im Hause Wrangelstraße 54 Fleisch- und Wurstwaren, ebenso in der Schlächterei von Schindler, Oppelner Straße 28. Eine größere Menschenmenge, die sich vor dem Laden des Schlächtermeisters Schott, Reichenberger Straße 72, angesammelt hatte, wurde zerstreut. In der Bäckerei von Reutert, Cuvrystraße 28, wurden 20 Brote weggenommen, die gleiche Anzahl von Broten aus der Bäckereifiliale von Hanke, Gärtnerstraße 24 in Lichtenberg. Gegen 11½ Uhr zogen zirka zehn Männer und zwei Frauen geschlossen durch die Waldemarstraße von Laden zu Laden, wo sie um Lebensmittel bettelten. Sie wurden schließlich festgenommen und dem Polizeipräsidium zugeführt. Bei dem Bäckermeister Paul Brückner in der Boddinstraße 58 in Neukölln erbeutete eine vierzigköpfige Menge eine Anzahl Brote.

Taschendiebe auf Devisenrazzia.

Eine Rekordbeute an Devisen machten Taschendiebe auf dem Bahnhof Friedrichstraße. Sie hatten beobachtet, wie zwei syrische Kaufleute Nahas und Salame in verschiedenen Geschäften der Innenstadt Einkäufe erledigten, und waren ihnen sodann bis zum Bahnhof Friedrichstraße gefolgt. Dort gelang ihnen der große Schlag. Sie beraubten die Kaufleute ihrer beiden Ledertaschen (die eine rötlich, die andere blau), in denen sich 1300 englische Pfunde, 4000 Schweizer und 1000 französische Francs befanden, und außerdem noch ein Scheck auf die Indo-Chinesische Bank über 12500 Schweizer Franken. Mit dem Scheck werden die Taschendiebe ja wahrscheinlich nicht viel anfangen können, mit den Bardevisen desto mehr. Kriminalkommissar Dr. Kiemann, der mit der Untersuchung betraut ist, stellte fest, daß es sich um eine Taschendiebkompagnie von vier bis sechs Mann handeln müsse, die schon seit Wochen die Berliner Bahnhöfe, Stadtbahn- und Hochbahnzüge unsicher macht.

Copyright Georg Müller, München.

Die Lofotfischer.

Roman von Johan Bojer.

81]

„Das ist wohl sehr verschieden,“ sagte Marja, kletterte in den Webstuhl und begann zu weben.

Alte Leute dürfen nicht zuviel wissen.

Aber als Oluf einen Happen gegessen hatte, mußte er wieder in das Unwetter hinaus, denn es war noch ein Lofotbrief da, und so ein Brief gehört nicht zu den Dingen, die man die Nacht über im Hause liegen läßt.

Dieser Brief war an Siri Skaret, die mit einem Schock Kinder allein oben am Berge saß und nicht viel zu beißen und zu brennen hatte. Ihren Mann, den Severin, wollte keiner in der ganzen Gegend auf dem Boot mithaben, weil er soviel Ungeziefer hatte, aber er fuhr mit dem Dampfer nach Norden und verheuerte sich bei einem Angelfischer, Jahr für Jahr. Groß war der Gewinn nicht, mit dem er nach Hause kam, aber immer besser als nichts.

In der grauen Hütte unter den Felsen herrschte Armut, im Winter wie im Sommer, die Häuser waren so verfallen, daß die Kühe im Stall tief im Wasser wateten, und im Hause hatten die Kinder Mützen über die Ohren gezogen und trugen Handschuhe, weil der Wintersturm durch alle Wände hindurchblies.

Zu diesem Hause arbeitete sich Oluf nun zuletzt hinauf. Er öffnete die Tür, hinter der ein Fell zum Schutz gegen Zugluft hing. Aber hinter diesem Fell war eine Stube, wo in drei Betten Kinder lagen und vor Kälte zitterten, während die blasse Frau selber im Schein des Ofenfeuers saß und Wolle kämmte. Sie hatte sich in ein großes verschlossenes wollenes Tuch gehüllt, und auch ihr Gesicht war blau vor Kälte. Sie war nicht viel über dreißig, aber blaß, runzlig und übermüdet, so daß die Augenlider sich kaum noch zu dem Ankömmling aufheben mochten.

„Ein Lofotbrief!“ Und als sie ihn öffnete, fiel ein blauer Fünfkronenschein heraus. Großer Gott, das war ein Reichtum!

„Willst du dich nicht hinsetzen, dann richte ich dir was zu essen,“ sagte sie, denn etwas war sie dem Knaben, der ihnen allen solchen Segen brachte, doch schuldig.

Aber Oluf konnte nicht warten, er war jetzt in Myran der Mann im Hause, und deshalb mußte er gleich wieder weg. Und auch sonst war in einer Gegend, wo alle Männer fort waren, für einen Burschen viel zu tun. Vor kurzem war ein Mädchen wahnsinnig geworden, da hatte er zu ihr gehen, den ganzen Tag bei ihr wachen und schließlich sie und die Mutter ins Asyl begleiten müssen. Und als der Alte in Tröen Lungenentzündung bekam, da mußte Oluf sich auf dem Lindenhof ein Pferd leihen und den Doktor holen. Die Leute hielten sich eben an die Männer, die noch da waren.

Er stemmte sich gegen den Nordwest, und Schnee und Gischt, Sand und Tang, die im Sturm vom Strande aufwirbelten, peitschten ihm in das Gesicht. Und als er in Myran das Haus betrat, riß der Wind ihm die Tür aus der Hand und schmetterte sie gegen die Wand; das Haus zitterte, und ein Wind drang herein, daß die Lampe erlosch und die Kinder zu schreien begannen.

Es ist schlimm, so eine Unwetternacht vor sich zu haben. Es ist schon arg hier am Fjord, — wie mag es aber denen gehen, die vielleicht draußen auf See sind? — Der Lofot, der Lofot!

Marja hatte die Lampe angezündet und die Kinder zu Bett gebracht, und jetzt saß sie da und webte, während das Haus im Sturm zitterte. Es war eine Erleichterung, etwas in den Händen zu haben, wenn die Windstöße das Haus hochzuheben und durch die Nacht davonzutragen drohten. Bange? Nein, bange war sie nicht, aber sie fühlte ein Verlangen, zu singen, irgend etwas Lautes und Unbändiges zu rufen, nur um dies Geheul aus der Finsternis draußen zu übertönen, wo das Unwetter gleich bösen Mächten tobte und kreischte.

Sie arbeitete unermüdlich, hurtig bewegten sich die Finger. Es war keine gewöhnliche Weberei. Es war nicht Fries oder Leinwand. Es war ein Teppich mit Figuren; sie hatte diese Kunst von der Forstmeistersfrau oben im Tal gelernt, bei der sie gedient hatte. Jetzt war diese Frau bei ihr gewesen und hatte ihr ein Muster gebracht, nach dem sie weben sollte, und hatte ihr die Figuren erklärt, die sie übrigens noch aus der Schulzeit kannte. Es war die Sage von Siegfried, und jetzt war sie gerade da, wo Siegfried auf dem Pferd Grane durch ein mächtiges, züngelndes Feuer auf dem Berge in Franken reitet. Bald würde er nun zu seiner schlafenden Brunhilde kommen.

Es war, als säße sie hier im Unwetter und fasse ihr eigenes Leben zusammen, während sie die ferne, starke Sage in das Gewebe hineinwob. Sie war verdammt, hier an der See zu leben, die sie verwünschte . . . Es würde fast ein Ausruhen sein, wenn sie eines Tages wahnsinnig würde, aber Kristaver müßte dann mitkommen. Sie könnte in einem Wetter wie heute gut in die See springen, aber Kristaver müßte dabei sein. In so einer Nacht konnte sie sich böse fühlen wie eine Hexe, es war fast wie bei Siegfried, der das Blut des Drachens trank. — Böses könnte sie verüben, töten könnte sie, aber — Kristaver müßte dabei sein.

Es ging auf Mitternacht, das Unwetter nahm zu, aber sie saß noch immer und webte und wob die Sage in ihr Gewebe hinein. Die beiden Alten waren im Kämmerchen zur Ruhe gegangen, die Kinder wimmerten leise im Schlaf, das Haus bebte und der Sturm drohte die Fenster einzudrücken.

Da steht die Schwiegermutter in der Kammertür im bloßen Hemd und hat nicht einmal die Brille auf. „Herr Jesus! Hörst du das Wetter nicht? Und wer jetzt auf dem Lofot ist! O lieber Herr Jesus!“

Die alte, große Frau kam herein und begann mit gefalteten Händen im Zimmer auf und ab zu gehen. Die schwarze Haube saß noch im Nacken, weiße Haarsträhnen guckten hervor. „Heute nacht geschieht manches Unglück, Marja. Heute nacht schläft manch einer ein, um nie wieder aufzuwachen. Gott sei denen gnädig, die heute nacht auf See sind. Und Gott erbarme sich des Sünders, der heute nacht vor seinem Richter stehen wird. Wir sind in Gefahr, wo wir auch sind. Diese Nacht, Marja! O lieber Herr Jesus!“

Sie faltete die Hände und ging immer rascher hin und her, die Augen wurden so wach, sie war erfüllt von Gesichten, sie erlebte Schiffbrüche, sie saß auf dem Kiel eines gekenterten Bootes, sie war bei den Ertrunkenen und stand selber auch vor dem Richter, — sie ging nicht mehr in einer Stube umher, sie wanderte zwischen all dem Entsetzlichen hindurch, das sie sah, und rang die Hände: „Ach, Herr Jesus, ach, lieber Herr Jesus!“

Aber sie kannte ja diese Sturmnächte so gut aus den früheren Jahren, in solcher Nacht vergaß sie, daß sie alt war und Gicht hatte, sie wurde ganz jung und war erfüllt von all den großen und wilden Geschehnissen, die sie sah, es war, als steige Gott hernieder und lasse sie seine Macht sehen. Sie hätte am liebsten die Tür aufgerissen, wäre hinausgelaufen und in diesem Himmelsunwetter bei ihm gewesen. „Herr Jesus! Diese Nacht, Marja! Diese Nacht!“

(Fortsetzung folgt.)

Ohne Spielplatz.

Beinahe zehn Jahre hat der Belle-Alliance-Platz dagelegen, von riesigen Zäunen umbrettert, dahinter Lärm und Getöse, Staub- und Dampfwolken, kurz einem jeden Vorübergehenden ein Aergernis. Jetzt aber, welch Glück, erhält der Platz von Tag zu Tag ein manierlicheres Aussehen. Die Friedenssäule steht schon da, einige andere Denkmäler, umringt von meterhohen Eisengittern, auch, ein achteckiges Häuschen (Café Wellblech!), ein viereckiges Häuschen, zu diskreten Zwecken bestimmt, haben wieder Oelfarbenanstrich bekommen, und um die neu mit Humuserde beschütteten Beete, aus denen im kommenden Frühjahr prachtvoller grüner Rasen entsprießen soll, sind Bänke aufgestellt, auf denen Frauen mit Kindern sitzen. Ueberhaupt, es gibt hier viele Kinder, die Gegend um das Hallesche Tor ist sehr fruchtbar. Soll man es deshalb für möglich halten, daß es auf einem so riesengroßen, schönen Platz weder einen Kasten mit Sand für die ganz Kleinen, noch einen Buddelplatz für die Größeren gibt? Und doch ist es so. Die Männer, die diesen Platz herrichteten, haben das offenbar ganz vergessen. Sie haben gar nicht an die vielen Kinder gedacht, die dunkle Höfe gefangen halten. Wäre es nicht besser gewesen, sie hätten, bevor die Säule und die Denkmäler wieder aufgebaut, und die Häuschen neu angestrichen wurden, zunächst einmal Sand- und Buddelplätze für die Kinder errichtet? In Amerika denkt man an so etwas zuerst? Wird das hier nun nachgeholt werden? Wir hoffen es ganz bestimmt.

Der Mord bei Bernau.
Eine Festnahme.

Zu dem Morde bei Bernau erfahren wir, daß die fortgesetzten Ermittelungen der Berliner Kriminalpolizei gestern zur vorläufigen Festnahme eines Mannes geführt haben, der in der letzten Zeit wiederholt mit anderen auf dem Gute Löhme gewesen ist, um zu stehlen. Er steht in dem dringenden Verdacht der Mittäterschaft an dem Morde des Inspektors Pasche. Der Verhaftete bestreitet die Mitschuld und behauptet, daß er in der kritischen Nacht nicht mit draußen gewesen sei. Er will den Flurschutzbeamten des Gutes und anderen Zeugen gegenübergestellt werden. Nach anderen Richtungen haben die Nachforschungen noch keinen weiteren Erfolg gehabt. Das Opfer des Verbrechens war nicht ständiger Beamter der Domänen, sondern vertrat den beurlaubten Inspektor.

Trauerfeier für Havenstein.

Im Lichthof des Reichsbankgebäudes fand gestern abend die Trauerfeier für den verstorbenen Reichsbankpräsidenten Rudolf Havenstein statt. Der braune Eichensarg war inmitten eines Haines von Lorbeerbäumen aufgebahrt. Unter der zahlreichen Trauergemeinde sah man Reichskanzler Dr. Stresemann, als Vertreter der preußischen Regierung den Finanzminister Dr. von Richter. Die Treppen und Galerien des Lichthofes waren dichtgefüllt von Beamten und Angestellten der Reichsbank. Die Hauskapelle der Reichsbank leitete die Trauerfeier mit einem Choral ein. Der Domprediger Viets hielt die Trauerrede. Für das Reichsbankdirektorium sprach Vizepräsident v. Glasenapp. Nach Abschluß der Trauerfeier wurde der Sarg nach dem Friedhof in Dahlem übergeführt, wo er heute beigesetzt wird.

Die Sondergerichte.

Die Sondergerichte zur Aburteilung der bei den neusten Plünderungen ergriffenen Personen sind nunmehr gebildet worden und werden voraussichtlich schon in der nächsten Woche in Tätigkeit treten. Zu Vorsitzenden sind ernannt für das Sondergericht am Landgericht I Landgerichtsdirektor Vogt, Vorsitzender der 7. Strafkammer, für das Sondergericht beim Landgericht II Landgerichtsdirektor Marquardt, Vorsitzender der 2. Strafkammer, und beim Landgericht III Landgerichtsdirektor Dransfeld, gegenwärtig Vorsitzender einer Zivilkammer. Die Kammern sind, wie bei den früheren Sondergerichten, mit 3 Richtern besetzt, den Vorsitzenden und 2 Beisitzern. Anklagevertreter sind Staatsanwaltschaftsrat Dr. Wasmund, der ebenso wie Direktor Vogt in den Schwurgerichtsverhandlungen wegen der Zirkus-Busch-Krawalle tätig war, Staatsanwaltschaftsrat Lehmann und Staatsanwalt Dr. Pelzer.

Die Grundvermögenssteuer.

Auf Beschluß der städtischen Körperschaften wird, wie die Hauptsteuerverwaltung mitteilt, vom 1. November ab an Stelle der bisherigen städtischen Grundsteuer ein Gemeindezuschlag von 33⅓ Proz. zur Preußischen Grundvermögenssteuer erheben. Staatssteuer und Gemeindezuschlag sind am ersten Werktage nach der Auslegung der Staatssteuerrolle fällig. Die Auslegung der Staatssteuerrolle erfolgt in den Steuerkassen und zwar in den Verwaltungsbezirken Wilmersdorf, Zehlendorf, Schöneberg, Steglitz, Treptow, Köpenick, Pankow, Reinickendorf in der Zeit vom 26. November bis 3. Dezember, in den übrigen Verwaltungsbezirken in der Zeit vom 23. bis 29. November. — Den Grundstückseigentümern geht außerdem über die Höhe der Steuer ein Veranlagungs- oder Berichtigungsschreiben zu. Für vermietete Wohngrundstücke ist eine Schonfrist von fünf Werktagen nach dem eigentlichen Fälligkeitstage gegeben. Künftig wird die Steuer am 15. jeden Monats fällig.

Von Hunden zerfleischt.

Der 11jährige Schüler Siegfried Scholz aus der Chausseestraße 8 und zwei andere Knaben spielten vorgestern auf dem umfriedeten Bauplatz der Turmhaus-A.-G. am Bahnhof Friedrichstraße, als plötzlich die beiden Hunde des Gastwirts Karl Müller, Reichstagsufer 18 wohnhaft, die ohne Maulkorb frei umherliefen, den Knaben anfielen und zu Boden rissen. Dann zerfleischten sie ihm die Kopfhaut und das Gesicht sowie die Hände, die er in seiner Angst vor das Gesicht gehalten hatte. Auf das schreckliche Geschrei des Knaben eilten mehrere Personen herbei, die den Knaben befreiten und nach der Klinik in der Ziegelstraße schafften, wo ein Arzt den fürchterlich zugerichteten Knaben sofort operieren mußte. Nach Zeugenaussagen soll der Besitzer der Hunde dem furchtbaren Schauspiel untätig zugesehen haben. Die beiden Hunde wurden, da Tollwutverdacht besteht, dem Kreistierarzt übergeben.

Der Abonnementsbetrag

für die Woche vom 25. November bis 1. Dezember beträgt wie in der Vorwoche eine Goldmark oder eine Billion Papiermark. Je nach dem Umrechnungskurs der Goldmark erhöht sich der Betrag in Papiermark. Es liegt im Interesse des Verlages und der Abonnenten, daß der Bezugspreis in den ersten Tagen der Woche und wenn möglich wertbeständig gezahlt wird, da für die Abonnenten, die erst nach dem Montag der Woche zahlen, der Bezugspreis nach dem veränderten Kurs der Goldmark, nach einer entsprechenden Bekanntmachung im „Vorwärts", zur Erhebung kommt.

Verlag des „Vorwärts".

„Volk und Zeit" wird fortan umschichtig in jeder zweiten Woche eine Seite „Kleingarten, Siedlung, Kleintierzucht (für die bisherige Beilage „Siedlung und Kleingarten") und „Bilder vom Arbeitersport" bringen. Diese Erweiterung unserer illustrierten Beilage wird sicherlich allen Lesern willkommen sein.

Zum Besten der Jugend veranstaltet der Bezirk Südosten der Freien Turnerschaft Groß-Berlin am Totensonntag, 25. November, im Gewerkschaftshaus anläßlich seines einjährigen Bestehens eine Feier mit bekanntem guten Programm. Anfang 4½ Uhr.

Die Deutsche Gesellschaft zur Gewährung von Rechtshilfe an Ausländer und Staatenlose erteilt unentgeltliche Auskunft und Rechtshilfe. Geschäftsstelle Berlin NW 6, Albrechtstr. 16, part. rechts. Sprechstunden von 10—2 Uhr nachm.

Siemensstadt. Am 25. November übernimmt Genosse Stenzel, Brunnenstraße 6, vorn 1 Tr., unsere Spedition. Vom gleichen Tage ab erfolgt die Zustellung des „Vorwärts" wieder zweimal täglich.

Der Volks-Feuerbestattungs-Verein Groß-Berlin V. V. a. G. Berlin, Chausseestr. 63, veranstaltet am Sonntag, den 25. November, in der Philharmonie, Bernburger Str. 22/23, zu Ehren seiner verstorbenen Mitglieder eine Gedächtnisfeier. Zur Deckung der Unkosten wird der Betrag für eine einfache Straßenbahnfahrt erhoben. Saalöffnung 3 Uhr, Anfang 4 Uhr.

„Preise und Löhne". Der in der gestrigen Tabelle angegebene Lohn der Chemigraphiebranche betrug vom 3.—9. November nicht wie mitgeteilt 14 950, sondern 3 250 Milliarden Mark.

Ein Bombenanschlag wurde in Füssen (Allgäu) auf das Gebäude des Bezirksamtes verübt, wobei ein großes Mauerstück herausgerissen wurde. 80 Fensterscheiben und Türen wurden eingedrückt, Personen sind nicht zu Schaden gekommen. Die Beweggründe der Tat sind noch gänzlich unaufgeklärt. Eine Belohnung von 500 Goldmark ist für die Ergreifung des Täters ausgesetzt.

Massenfleischvergiftungen. In Kiel sind 800 Personen beim Genuß von Wurst und Hackfleisch an Fleischvergiftung schwer erkrankt. Die behördliche Untersuchung ist eingeleitet worden.

Ein Billionenfälscher. Bei einem Händler in Hannover wurde eine Falschmünzerwerkstatt ausgehoben. Die Polizei förderte eine Reihe belastendes Material zutage, welches unter dem Fußboden der Wohnung versteckt war. Die Falschmünzer befaßten sich in der Hauptsache mit der Herstellung von falschen Billionenscheinen.

Neue Schiffsverbindung nach Rußland. Die staatliche Baltische Schiffahrtsgesellschaft richtet in der Winterzeit Schiffahrtslinien zwischen Murmansk und Deutschland ein. Diese Fahrten werden von drei Dampfern unterhalten.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Bezirksvorstand.

Heute abend 6 Uhr Sitzung im Jugendheim, Lindenstr. 3.

70. Abt. **Wilmersdorf.** 7½ Uhr erweiterte Vorstandssitzung bei Albert, Holsteinische Straße 60. Erscheinen aller Vorstandsmitglieder und Funktionäre Pflicht.

74. Abt. **Zehlendorf.** Sonnabend, den 24. November, abends ½8 Uhr, beim Genossen Trojan, Karlstraße 13, engere Vorstandssitzung. — Der neue Vorsitzende der Abteilung ist Peter Balentin, Forststraße 5. Zuschriften an diesen.

21. Abt. Sonntag, den 25. November, vormittags 10 Uhr, Mitgliederversammlung im Schraber-Haus, Malplaquetstraße 14—16. Thema: „Die Kampfmittel des Proletariats". Ref. Genosse Mielisch.

6. Abt. Sonntag, den 25. November, vormittags 10 Uhr, im Zeichensaal der Knabenschule, Forster, Ecke Reichenberger Straße, Zusammenkunft sämtlicher Funktionäre und Vertrauensleute. Genossen und Genossinnen können Beiträge zahlen und sich Informationen holen. Der „Vorwärts" liegt zur Einsicht aus von der Woche 18. bis 25. November. Bestellungen zum Vorwärtsalmanach werden dort entgegengenommen.

Jugendveranstaltungen.

Morgen, Sonntag, den 25. November:

Gesundbrunnen. Besuch der Arbeiterwohlfahrtsausstellung vorm. 10 Uhr. — **Kreuzberg.** Wanderung. Treffpunkt 7 Uhr Kreuzbergstraße. — **Osten, Stralauer Viertel.** Wanderung Potsdam—Römerschanze. Treffp. ½7 Uhr Stralau-Rummelsburg. — **Rosenth. Vorstadt.** Wanderung Birkenwerder—Buch. Treffpunkt ½8 Uhr Stettiner Vorortbahnhof. — **Werbebezirk Teltowkanal:** Werbebezirksfunktionärkonferenz nachmittags 4 Uhr im Jugendheim Lichterfelde, Albrechtstraße 14a, Vortrag: „Arbeitszeitgesetz".

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag vormittag 11 Uhr Pappelallee 15, Vortrag des Herrn A. Crispien: „Vom Urkommunismus zur Klassengesellschaft". Nachmittags 4 Uhr Herr A. Hoffmann: „Die Beneidenswerten". Gäste willkommen.

Arbeitersport.

Wetturnen am Bußtag.

Wer am Bußtag in der Zentralturnhalle war, mußte wohl seine Freude an dem frohen Treiben der Jungen und Alten, den Burschen und Mädchen haben. „Wir wollen Kraft sammeln zum Kampf ums Dasein, wir wollen für einen Tag die Sorge des Alltags abstreifen und trotz aller Not der Zeit doch an der Freiheit Sieg glauben!" Mit diesen Worten wurden die Wettkämpfe eingeleitet. Etwa 500 Turner und Sportler waren zur Stelle, Saal und Galerien dicht von Zuschauern besetzt. Emsig ging's an die Arbeit. Einige Riegen zeigten bereits eine hohe Stufe des Könnens und fanden verdienten Beifall. Sportliche Freiübungen der Masse zeigten die planmäßige Durcharbeit des Körpers, Nacktfreiübungen ließen das Muskelspiel erkennen, und die Turnerinnen gaben ihr Bestes sowohl an Geräten wie in rhythmischen Darbietungen. Die eigentliche männliche Jugend von 14 bis 17 Jahren war wieder zu schwach vertreten. Den Abschluß des wohlgelungenen Festes bildeten Wettläufe, die die Spannung des Nachmittags auf den Höhepunkt brachten.

Resultate: Männer: 1. Groß-Berlin-Norden II Barren 36¾ P., 2. Groß-Berlin-Osten Barren 33¾ P., 3. Groß-Berlin-Süden Reck 32½ P.; Pferdespringen: 1. Groß-Berlin-Norden II 47½ P., 2. Groß-Berlin-Osten 47 P., 3. Groß-Berlin-Südosten 42½ P. — **Altersriegen:** 1. Groß-Berlin-Wedding Barren 36½ P., 2. Groß-Berlin-Osten Pferd seit 34½ P. — **Frauen:** 1. Groß-Berlin-Osten Pferd seit 36 P., 2. Groß-Berlin-Südosten Pferd seit 35¾ P., 3. Groß-Berlin-Wedding 35¾ P. — **Jugend:** 1. Fichte 3 Barren 35¾ P., 2. Groß-Berlin-Norden II Barren 32¼ P., 3. Groß-Berlin-Osten Stützreck 31¾ P. — **Freiübungen. Männer:** 1. Groß-Berlin-Norden II 34¼ P.; **Frauen:** 1. Groß-Berlin-Osten 37½ P., 2. Groß-Berlin-Norden II 35¾ P., 3. Groß-Berlin-Süden 31¾ P.; **Mädchen:** Groß-Berlin-Wedding 37¾ P. — **Knaben:** 1. Fichte 9 Barren 35¾ P., 2. Groß-Berlin-Wedding Barren 34¾ P., 3. Groß-Berlin-Osten Barren 31½ P. — **Mädchen:** 1. Groß-Berlin-Osten Barren 36¼ P., 2. Lichtenberg Barren 35¼ P., 3. Groß-Berlin-Norden I Barren 34¼ P. — **Schwedenstafette, Männer:** 1. Lauf: 1. Groß-Berlin-Wedding 3 Min. 1 Sek., 2. Fichte-Süd 3 Min. 3 Sek., 3. Norden II 3 Min. 3,2 Sek. — 2. Lauf: 1. Groß-Berlin-Wedding 2 Min. 55 Sek., 2. Fichte-Süd 2 Min. 58 Sek., 3. Norden II Handbreit zurück. — 3. Lauf: 1. Groß-Berlin-Osten 2 Min. 58,4 Sek. — **Schwedenstafette, Jugend:** 1. Lauf: 1. Fichte 3 I 2 Min. 50,1 Sek., 2. Fichte-Süd 2 Min. 52,8 Sek., 3. Groß-Berlin-Osten 2 Min. 54 Sek. — 2. Lauf: 1. Groß-Berlin-Wedding 2 Min. 38,4 Sek., 2. Fichte-Süd 2 Min. 39,4 Sek., 3. Groß-Berlin-Süden 2 Min. 42,8 Sek. — 3. Lauf: 1. Wedding 3 Min. 10 Sek., 2. Fichte 3 II 3 Min. 14,4 Sek., 3. Groß-Berlin-Osten 3 Min. 15 Sek. — ½ **Schwedenstafette, Frauen:** 1. Lauf: 1. Groß-Berlin-Wedding 1 Min. 31,4 Sek., 2. Groß-Berlin-Osten 1 Min. 36,1 Sek., 3. Fichte-Süd 1 Min. 37 Sek. — 2. Lauf: 1. G.-B. Norden I 1 Min. 35,2 Sek., 2. Fichte-Süd 1 Min. 35,4 Sek., 3. Groß-Berlin-Norden II 1 Min. 37,4 Sek.

Segelkursus. Die „Touren-Segler-Vereinigung", ein Arbeiterseglerverein, veranstaltet wie alljährlich in diesem Winter in ihrer Jugendabteilung einen theoretischen Segelkursus, um ihren jugendlichen Mitgliedern die theoretische Grundlage, die für die Ausübung des Segelsports unentbehrlich ist, zu geben, woran sich dann bei beginnender Saison die praktische Ausbildung anschließt. Beginn des Kursus am Sonntag, den 25. November 1923, im Restaurant Eickhorst, Brüsseler Straße 37. Anmeldungen zum Kursus werden nur bis zu diesem Tage angenommen. Die Zulassung zum Kursus erfolgt nach Prüfung durch den Jugendleiter. Die theoretische Ausbildung hat der Sportsgenosse Pingel übernommen. Bemerkt sei noch, daß die Teilnahme am Kursus völlig kostenlos ist. Soweit noch Platz vorhanden, können auch Erwachsene an diesem Kursus teilnehmen.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität" Berlin. Touren für Sonntag, den 25. November: 1. Abt.: Wird um 1 Uhr am Start Bülowstraße 58 bekanntgegeben. 2. Abt.: Katharinenufer; Start 8 Uhr Hohenstaufenplatz. 3. Abt.: 1 Uhr am Start Lausitzer Platz; 5. Dezember General-Abteilungsversammlung. 4. Abt.: 1 Uhr am Start Webers Wiese. 5. Abt.: 1 Uhr am Start Landsberger Platz. 6. Abt.: Spatwinkel; Start 10 Uhr Kopenhagener Straße 26. 7. Abt.: 1 Uhr am Start Koloniestraße 147. 8. Abt.: 1 Uhr am Start Waldstraße 3. 9. Abt.: 1 Uhr am Start Schulstraße. 10. Abt.: Schönwalde; Start 1 Uhr Comeniusplatz. 11. Abt.: 8 und 12 Uhr am Start Utrechter Straße 9. Ortsgruppe Britz: Holztour: Start 8 Uhr Chausseestraße, Kanal. — Achtung, Bundesgenossen! Sonntag, den 2. Dezember, Stiftungstour nach Johannisthal, Bolz, Parkrestaurant: Start 1 Uhr. Alle anderen Touren fallen aus. Früh 8 Uhr Saalfahren. Konferenz in Britz für den 2. Bezirk.

Arbeiter-Athleten-Bund. 4. Kreis. Am 25. November (Totensonntag) findet in Behrends Festsälen, Manteuffelstraße 95, der Serien-Wettkampf im Ringen (3 Klassen) zwischen Tegel und Adler 05 statt. Außerdem bringt Tegel seine Jugendmannschaft mit und auch hier wird es schöne Kämpfe geben, zumal die Adler-Jugendmannschaft im 4. Kreis mit zu den besten zählt. Wer reelle Ringkämpfe sehen will, dem sei diese Arbeitersportveranstaltung empfohlen. Beginn der Kämpfe abends 8 Uhr.

Arbeiter-Turn- und Sportbund, 1. Kreis. Sonntag, den 25. November, Hallensportfest im Sportpalast, Potsdamer Straße 72. Beginn nachmittags ½3 Uhr. Jeder Verein muß 20 Ordner stellen, die sich mittags 12 Uhr dort treffen.

Der Kraft- und Ringsportverein „Borussia 04", Mitglied des Arbeiter-Athleten-Bundes Deutschlands, veranstaltet am Totensonntag, den 25. November, in den Prachtsälen des Ostens, Frankfurter Allee 48, unter Mitwirkung auswärtiger Bundesvereine, eine große Sportvorstellung. Anfang 5 Uhr. Uebungsstunden finden jeden Dienstag und Freitag, abends 7—9 Uhr, in der Turnhalle Pettenkoferstraße 20 statt. Sämtliche Zusendungen sind zu richten an Rudolf Kumke, Niederbarnimstraße 4.

Theater Lichtspiele usw.

Volksbühne 7½ Uhr: Figaros Hochzeit

Deutsch. Theater 7 Uhr zum ersten Male Das Kaffeehaus

Kammerspiele 7 Uhr zum ersten Male: Tageszeiten d. Liebe

Theater i. d. Königgrätzer Str. 8 Uhr: Don Gil von d. grün. Hosen

Komödienhaus 8 Uhr: Mein Vetter Eduard

Berliner Theater 7.30 Uhr: Dolly

SCALA 8 Uhr: Totensonntag Internat. Varieté 3⁰⁰ Uhr-Vorstellg. fällt aus!

Th. im Admiralspalast Tägl. 7½ Uhr Drunter und drüber

Deutsch Opernhaus Uhr: Holofernes Keine Aktionärkart.

Intimes Theater 4 Uhr: Abendbesuch Die k. u. k. Rose etc.

Metropol-Theater 7½: Casinogirls

Neues Theat. a. Zoo 7½ Uhr Die Luxusfrau

Renaissance-Theat. 8 U.: Studentenliebe

Schauspieler-Th. (Friedrich-Wilhelmstädt. Th.) Chausseestr. 30 7½ U.: Titus u. der Talisman. Sonkin und der Haupttreffer

Thalia-Theater 7½ Uhr zum 1. Male: Pst! Pst!

Theater i. d. Kommandantenstr. 7½ Uhr: Charlie

Wallner-Theater 8 Uhr: Causa Kaiser

Lustspielhaus 8 U. Nebeneinander. Volksstück 1923

Lessing-Th. Heute bis morgen 7½ U.: Rausch

Deut. Künstler-Th. Allabendlich 8: Tybbke (Max Adalbert)

Komische Oper Allabendlich 7½: Die größte Revue des Kontinents: Die Welt ohne Schleier

Apollo-Theater 7½ Allabendl. 7½ Die große Revue Europa spricht davon!

Rose-Theater 3½: Dornröschen 7½ Uhr: Wenn ich nur dich hab'

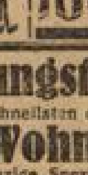
Wintergarten Varieté-Programm Rauchen gestattet!

Neues Operetten-Theater 50% Ermäßigung für die Leser 1-4 Pers. 7½ Uhr: Siegerin an d. Kasse von 11-2 u. ab 6 Uhr umtauschen. Sonnabend Aufschlag. Sonntag ungültig

Casino-Theater 8 U.: Der Ehemann ohne Frau! Vorher bunter Teil

Reichshallen-Th. Tägl. 7½ U. u. Sonnt. 3 U.: Stettiner Sänger

Th. a. Kottb. Tor Täglich 7½ Uhr u. Sonntag nachmittag 3 Uhr: ELITE-Sänger u. a. Esmeralda d. Tänzerin



Wohnungstausch in u. nach Berlin sowie von Berlin nach auswärts am schnellsten durch eine Anzeige im Groß-Berliner Wohnungsanzeiger als einzige Spezialzeitung für möblierte Zimmer, Wohnungen u. Tauschwohnungen. Unter der Rubrik „Möblierte Zimmer zu vermieten" werden Meldungen von Vermietern kostenlos veröffentlicht. Verbund. mit d. „Gr.-Berliner Wohnungsanzeiger" ist der Anzeiger für Grundstücks- und Geschäftsverkäufe. Bei allen Zeitungshändlern und Kiosken zu haben. Verlag und Hauptanzeigenannahme: Zeitungszentrale (Z.Z.) Aktiengesellschaft Jerusalemer Str. 6/8 □ Fernsprecher: Dönhoff 8310-3312

Quittungs-Marken Seit 40 Jahren Spezialität Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig

Die Abtreibung der Leibesfrucht von Universitäts-Professoren A. Grotjahn und G. Radbruch !! Wichtig für Eheleute, Aerzte und Hebammen !! Preis-Grundzahl M. 0,10 Buchhandlung Vorwärts Berlin SW, Lindenstr. 2

Deutscher Metallarbeiter-Verband Uhrmacher und Furnituristen! Montag, den 26. November, abends 6 Uhr, im Verbandshaus (Sitzungssaal), Linienstr. 83/85: Vollversammlung. Tagesordnung: Was ist wertbeständiger Lohn? Referent: Kollege Rahmann. 43/11 Die Ortsverwaltung.

Tüchtige Konfektions-Arbeiterinnen melden sich sofort auf eine Kleine Anzeige im „Vorwärts"

Garderobe für Herren und Damen auf Teilzahlung günstige Zahlungsbedingungen Bei wertbeständiger Bezahlung 5% Rabatt. Beiser, Lothringer Straße 67

Verkäufe

Qualitätsteppiche! aus erster Hand spottbillig, billige Fabrikabschlüsse. Schulz, Körnerstr. 6, an der Lützowstraße.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Elegante Pelzmäntel, Pelzjacken, Müffe, Füchse, Opossumschals, Sportpelze, Bisamgehpelze verkauft auffallend billig Goldmann, Kottbuser Tor. Eingang Dresdenerstraße 136.

Leihhaus Brunnenstraße 5. Großer Verkauf mäßmäßig hergestellter Anzüge, Paletots, Taillenmäntel, Cutaways, Sportpelze, Gehpelze, Pelzjacken, Pelzmäntel, Kreuzfüchse, Graufüchse. Konkurrenzlos billig. Keine Lombardware. Bei Zahlung mit Goldanleihe 10 Prozent Rabatt. Firma achten!

Leihhaus Friedrichstraße 2 (Hallesches Tor) verkauft elegante Herrenanzüge, Ulster, Paletots, Sportpelze, Gehpelze, Katzenjacken, Sealmäntel, Kreuzfüchse, Graufüchse, Blaufüchse, Wölfe zu enorm billigen Preisen. Keine Lombardware.

Möbel

Metallbetten, Chaiselongues 8 Goldmark an. Patentmatratzen. Polsterauflagen. Kinderbrahtbett. Meicke, Augustastraße 2a, Quergebäude.

Musikinstrumente

Pianos preiswert. Klaviermacher Link, Brunnenstraße 85.

Steinmeyerpiano, Flügel, Harmonium verkauft Ernst, Oranienstr. 166, III (Fabrikpreise).

Kaufgesuche

Prismengläser kauft Haller, Eichendorffstraße siebzehn (Stettiner Bahnhof).

Säckeeinkauf, Rohgarn, Swinemünderstraße 7. Humboldt 483.

Fahrräder kauft Linienstraße 19.

Prismengläser, Photoapparate, Jagdgewehre, Pistolen kauft zu höchstem Tagespreis Müller, Jahnstraße 1. Anzutreffen 3—7. Moritzplatz 4723.

Werkzeuge u. Maschinen

Angellager kauft höchstzahlend Elbingerstraße 9.

Kugellager, Autozubehör kauft Golubew, Schönhauser Allee 127.

Nägel, Maschinenschrauben, Holzschrauben kauft Krause, Wichertstr. 40.

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

„Vorwärts"-Austrägerinnen werden sofort eingestellt. Berlin, Lausitzer Platz 14/15; Wilhelmshavener Str. 46. Charlottenburg, Sesenheimer Str. 1. Lichtenberg, Marienbergstr. 1; Herzbergerstr. 62. Lichtenberg-Friedrichsfelde, Frankfurter Allee 185, Laden. Neukölln, Neckarstr. 2. Schöneberg, Belziger Str. 27. Tempelhof, Kaiser-Wilhelm-Str. 18. Wilmersdorf, Kaiserplatz 16, ptr.